



Lagebericht und Jahresabschluss 2025

LAGEBERICHT

ORGANE, VERANTWORTLICHER AKTUAR, TREUHÄNDER	4
Aufsichtsrat.....	4
Vorstand.....	5
Verantwortlicher Aktuar	5
Treuhänder.....	5
GRUNDLAGEN DER GESCHÄFTSTÄTIGKEIT	6
WIRTSCHAFTSBERICHT	8
Allgemeine Entwicklung.....	8
Entwicklung der Kapitalmärkte	9
Geschäftsverlauf.....	11
Ertragslage.....	13
Vermögenslage	16
Finanzlage	20
Gesamtaussage zur wirtschaftlichen Lage	20
RISIKOBERICHT	21
AUSBLICK (PROGNOSEBERICHT)	32
SONSTIGE ANGABEN	36
ANLAGE ZUM LAGEBERICHT	38

ORGANE, VERANTWORTLICHER AKTUAR, TREUHÄNDER

Aufsichtsrat¹⁾

Ordentliche Mitglieder

René Gladis, Vorsitzender, BEW Berliner Energie und Wärme GmbH

Swetlana Jung, stellvertretende Vorsitzende, Stromnetz Berlin GmbH

Dr. Andreas Schuler, stellvertretender Vorsitzender, Vattenfall GmbH

Thorsten Belaschk, Stromnetz Berlin GmbH

Stefan Fischer, Vattenfall Europe Sales GmbH

Jörn Heinrich, Stromnetz Berlin GmbH

Uwe Zentgraf, BEW Berliner Energie und Wärme GmbH

Stellvertretende Mitglieder

Olaf Koppe, BEW Berliner Energie und Wärme GmbH

Andreas Eitner, Vattenfall Europe Sales GmbH

Dr. Sascha Ernst, BEW Berliner Energie und Wärme GmbH

Markus Buchheim, Vattenfall GmbH

Claudia Mangard, BEW Berliner Energie und Wärme GmbH

Uwe Scharnweber, BEW Berliner Energie und Wärme GmbH

Sabrina Poweleit, BEW Berliner Energie und Wärme GmbH

4

¹⁾ gleichzeitig Angaben zum Anhang

Vorstand¹⁾

Olav Rieck, Sprecher

Thorsten Buschardt

Patrick Huber (seit 15. Januar 2025)

Verantwortlicher Aktuar

Henning Tewes

Mercer Deutschland GmbH

Treuhänder

Michael Waage

Thomas Ekberg, Stellvertreter

¹⁾ gleichzeitig Angaben zum Anhang

GRUNDLAGEN DER GESCHÄFTSTÄTIGKEIT

6

GRUNDLAGEN DER GESCHÄFTSTÄTIGKEIT

Geschäftsmodell und Rahmenbedingungen

Die Pensionskasse der Bewag ist eine Einrichtung der betrieblichen Altersversorgung in der Rechtsform eines Versicherungsvereins auf Gegenseitigkeit (VVaG). Die Kasse erfüllt die Versorgungszusagen von insgesamt 20 aktuellen oder ehemaligen Gesellschaften des deutschen Teils der Vattenfall-Gruppe (Trägerunternehmen). Gemäß ihrer Satzung erbringt die Kasse lebenslange Rentenleistungen wegen Alter oder Tod. Leistungen bei Invalidität und für Waisen sind zeitlich befristet.

Seit dem 1. Januar 2007 nimmt die Kasse keine neuen Mitglieder in der Pflichtversorgung mehr auf. Zu diesem Zeitpunkt bereits bestehende Mitgliedschaften werden bis zum Eintritt des Versorgungsfalles fortgeführt und die satzungsgemäßen Leistungen gewährt. Die Pflichtversorgung umfasst etwa 98 % der Versicherungsverhältnisse. Neben diesem Tarif bietet die Kasse im Rahmen der sog. freiwilligen Versorgung Altersrente, insbesondere aus Entgeltumwandlung, sowie eine kombinierte Alters-, Hinterbliebenen- und Invaliditätsrente an. Nur in diesem Rahmen sowie auf Grundlage der gesetzlichen Regelung zum Versorgungsausgleich können neue Versicherungsverhältnisse begründet werden. Die Pensionskasse steht daher nicht im Wettbewerb und verfügt über keinen Vertrieb.

Das Altersversorgungssystem der Pensionskasse wird als Finanzprodukt im Sinne der Offenlegungsverordnung klassifiziert. Die Kapitalanlage für alle Tarife erfolgt in einem gemeinsamen Sicherungsvermögen. Gemäß der aktuellen Einschätzung der Kasse unterliegt diese Versicherungsart nicht den Bestimmungen von Art. 8 Abs. 1 oder Art. 9 Abs. 1, 2 oder 3 der Offenlegungsverordnung. Aufgrund der EU-Verordnung 2020/852/EU (Taxonomie-Verordnung) wird folgende formelle Erklärung abgegeben:

„Die diesem Finanzprodukt zugrunde liegenden Investitionen berücksichtigen nicht die EU-Kriterien für ökologisch nachhaltige Wirtschaftsaktivitäten.“

Die Pensionskasse hat keine Versicherungsgeschäfte gegen feste Entgelte gemäß § 177 Abs. 2 VAG getätigt und war auch nicht in versicherungsfremden Geschäften aktiv. Als regulierte Kasse gemäß § 233 Abs. 1 VAG unterliegt sie der Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin).

Strategie

Die zentrale strategische Ausrichtung der Pensionskasse liegt in der nachhaltigen Sicherung ihrer Ertragskraft und Handlungsfähigkeit, um die versicherungstechnischen Verpflichtungen ihrer Versicherten dauerhaft erfüllen zu können. Im Rahmen ihrer strategischen Planung definiert die Pensionskasse Unternehmensziele und analysiert die internen und externen Einflussfaktoren. Auf dieser Basis entwickelt sie ihre Risikostrategie. In dieser werden Orientierungs- bzw. Richtgrößen für den Umgang mit den sich aus der Geschäftsstrategie ergebenden Risiken vorgegeben bzw. die Grundsätze der Risikosteuerung beschrieben. Wichtige Ergebnisse sind die regelmäßige Überprüfung der strategischen Anlageallokation zur Erzielung einer auskömmlichen und nachhaltigen Rendite sowie die seit 2017 kontinuierliche Absenkung des Rechnungszinses in der Pflichtversorgung, um auch dauerhaft die Finanzierung der Versicherungsbestände sicherzustellen.

Die strategische Planung ist schriftlich dokumentiert und wird mindestens einmal jährlich überprüft und mit dem Aufsichtsrat erörtert.

Organisation

Die Vertreterversammlung ist das oberste Organ der Pensionskasse. Das Kontrollgremium Aufsichtsrat setzt sich aus sieben ordentlichen Mitgliedern sowie deren Stellvertretern aus derzeit vier Mitgliedsunternehmen zusammen. Die Geschäfte der Pensionskasse werden von drei Vorstandsmitgliedern geführt.

Das für die Pensionskasse tätige Personal ist derzeit überwiegend bei der BEW Berliner Energie und Wärme GmbH angestellt; es besteht eine Ausgliederungsvereinbarung. Zwei Vorstandsmitglieder sind direkt bei der Pensionskasse angestellt.

Im Geschäftsjahr 2025 waren durchschnittlich 35 Mitarbeiter (ohne Vorstände) für die Kasse tätig, davon sind 9 Mitarbeiter direkt bei der Pensionskasse angestellt.

Die Tätigkeiten des Verantwortlichen Aktuars, der Internen Revision sowie alle IKT-Dienstleistungen sind ausgegliedert. Die Kasse hat mit den Dienstleistern entsprechende Ausgliederungsverträge geschlossen.

WIRTSCHAFTSBERICHT

Das Geschäftsmodell der Kasse ist darauf ausgerichtet, mit einer risikoadjustierten Vermögensanlage und einer effizienten Verwaltung die satzungsgemäßen Leistungszusagen der Versicherten dauerhaft zu erfüllen. Dazu gehört insbesondere die nachhaltige Erzielung des Rechnungszinses. Die Erträge der Kasse stammen überwiegend aus den Vermögensanlagen. Sie bilden somit die wichtigste Einnahmequelle der Kasse. Die Beitragseinnahmen nehmen erwartungsgemäß ab, da die Kasse seit Jahren keine neuen Mitglieder in der Pflichtversorgung aufnimmt. Das Jahresergebnis wird daher in hohem Maße von der Entwicklung der Kapitalmärkte beeinflusst.

Allgemeine Entwicklung

Das Jahr 2025 war geprägt von erheblichen geopolitischen Spannungen und politischen Weichenstellungen. Der von US-Präsident Trump ausgerufene „Liberation Day“ Anfang April, an dem die US-Administration umfassende Zollerhöhungen ankündigte, führte zunächst zu deutlichen Marktreaktionen und stellte internationale Liefer- und Handelsstrukturen infrage. Im Verlauf des Jahres wurden jedoch mehrere Handelsabkommen geschlossen, dank derer die unmittelbaren Belastungen gemildert wurden und zu einer spürbaren Beruhigung an den Märkten beitrugen – auch wenn absehbar ist, dass die strukturellen Folgen für den Welthandel langfristig bestehen bleiben.

Zusätzlich setzten auch nationale Entwicklungen wichtige Akzente. Die im März beschlossene Neujustierung der deutschen Schuldenpolitik, die eine deutlich erweiterte Kreditaufnahme erlaubt und damit eine fiskalische Zeitenwende markiert, beeinflusste die Kapitalmarktstimmung spürbar. Die Abkehr von der bislang strikten Auslegung der Schuldenbremse wurde von vielen Marktteilnehmern aufmerksam verfolgt, da sie auf längere Sicht Veränderungen in der europäischen Fiskal- und Finanzarchitektur erwarten lässt.

Parallel dazu prägte der technologische Fortschritt das Marktgeschehen spürbar: Vor allem im Bereich der Künstlichen Intelligenz kam es zu einem deutlichen Anstieg an Investitionen und Innovationsaktivitäten. Die damit verbundenen Chancen und Risiken wurden von den Marktteilnehmern fortlaufend bewertet und zunehmend in den verschiedenen Anlageklassen reflektiert.

Das weltwirtschaftliche Umfeld zeigte sich 2025 trotz neuer Handelshemmnisse robust. Die US-Wirtschaft wuchs mit 2,1 % und die Eurozone expandierte ebenfalls, wenn auch verhaltener, um etwa 1,5 %. Deutschland blieb erneut hinter dem internationalen Trend zurück, verzeichnete jedoch nach zwei Jahren rückläufigen BIP erstmals wieder ein leichtes Wachstum von 0,2 %, beeinflusst von steigenden Konsumausgaben privater Haushalte und des Staates.

Die Inflationsdynamik entwickelte sich weiter rückläufig: In der Eurozone sank die jährliche Teuerungsrate von 2,4 % im Jahr 2024 auf durchschnittlich 1,9 % im Jahr 2025, während die Veränderung der Verbraucherpreise in Deutschland mit 2,2 % nahezu unverändert gegenüber dem Vorjahr blieb. Diese Entwicklung verschaffte der Geldpolitik Spielraum. Die Europäische Zentralbank senkte im ersten Halbjahr



den Einlagensatz in mehreren Schritten um insgesamt 100 Basispunkte auf 2,0 %. Im weiteren Jahresverlauf folgte die US-Notenbank und reduzierte ihren Leitzins im zweiten Halbjahr um insgesamt 75 Basispunkte.

Entwicklung der Kapitalmärkte

Renten- und Finanzmärkte

Am Rentenmarkt zeigte sich ein heterogenes Bild: Kurzlaufende Anleihen profitierten zunächst von der geldpolitischen Entspannung aufgrund rückläufiger Inflationsraten, während langlaufende Staatsanleihen – auch durch ansteigende fiskalische Risiken – unter Druck standen. Unternehmens- und Bankanleihen erwiesen sich zudem als widerstandsfähig: Trotz zwischenzeitlicher Belastungen durch die US-Zollpolitik und geopolitische Unsicherheiten weiteten sich die Risikoaufschläge nur vorübergehend aus und gingen im Jahresverlauf wieder deutlich zurück. Viele Marktsegmente beendeten das Jahr auf oder nahe historisch niedriger Risikoprämien.

Die internationalen Aktienmärkte verzeichneten 2025 trotz geopolitischer Belastungen deutliche Kursanstiege und erreichten in vielen Leitindizes neue Höchststände. Ausschlaggebend war, dass das globale Wachstum – trotz politischer und wirtschaftlicher Umbrüche – nicht zum Erliegen kam und die Unternehmensgewinne sich insgesamt robust entwickelten. Zusätzlich sorgten die im Jahresverlauf eingesetzten Leitzinssenkungen wichtiger Notenbanken für Unterstützung, da sie die Finanzierungsbedingungen verbesserten und die Risikobereitschaft der Anleger erhöhten. Einen besonderen Schub erfuhr das Marktgeschehen durch die hohe Dynamik im Bereich der Künstlichen Intelligenz, die weltweit zu umfangreichen Investitionen führte.

Immobilienmarkt Deutschland

Die Rahmenbedingungen des Marktes für Immobilieninvestments waren durch das wieder erhöhte Zinsniveau von 3,72 % (5 Jahre) bis 4,01 % (15 Jahre) per 31.12.2025 gegenüber 2024 mit 3,23 (5 Jahre) bzw. 3,36 % (15 Jahre) per 31.12.2024 geprägt. Der Gesamtumsatz ging um 4 % auf 33,9 Mrd. EUR zurück. Der Markt blieb weiterhin deutlich unter dem Niveau vor der Zinswende 2021.

Die Renditen der verschiedenen Marktsegmente zeigten sich seit 2023 weitgehend stabil auf einem gegenüber 2017 bis 2022 deutlich erhöhtem Niveau. Die Werte für Wohnimmobilien stabilisierten sich und erste positive Entwicklungen waren erkennbar, während die Werte für Büroimmobilien und Einzelhandelsimmobilien teilweise erheblich zurückgingen.

Wohnen ist im Jahr 2025 mit rd. 30 % weiterhin die dominierende Assetklasse bei Immobilieninvestments in Deutschland. Der Investmentmarkt für Wohnimmobilien zeigt stabile, aber stagnierende Umsätze und Renditen

Der Wohnungsmarkt war nachfrageseitig weiterhin von einem Zuwachs der Haushaltszahlen in den Metropolregionen gekennzeichnet. Diese traf auf ein stagnierendes Wohnungsangebot. Die Neubauzahlen sind gegenüber 2022 kontinuierlich zurückgegangen. Aufgrund der ebenfalls rückläufigen Zahl der Baugenehmigungen ist mittelfristig keine Trendumkehr zu erwarten.

Trotz weiterhin hoher Preisniveaus zeigte sich eine Verlangsamung der Mietpreisdynamik. Für Berlin prognostizierte Jones Lang LaSalle Incorporated (JLL) für 2025 sogar einen leichten Rückgang von 1,1 % auf durchschnittlich 19,27 EUR/m² (Neubau: 21,5 EUR/m²). Hier zeigte sich, dass die Grenzen der Zahlungsbereitschaft in einigen Teilmärkten erreicht wurden und demzufolge weitere Preiserhöhungen nicht durchsetzbar sind.

Diese Anpassung erfolgte insbesondere durch eine Reduzierung der nachgefragten Wohnungsgrößen, die verstärkte Bildung gemeinsamer Haushalte (z. B. Untermiete, spätere Haushaltsgründungen junger Erwachsener) oder den Verzicht auf einen Umzug nach Berlin.

Der Investmentmarkt für Büroimmobilien zeigte im letzten Quartal 2025 nach einer kurzen Erholungsphase erneut rückläufige Umsätze und machte rund 19 % des gesamten Immobilieninvestmentmarktes aus. Besonders stark betroffen waren die Metropolregionen der Top 7 (Berlin, München, Hamburg, Düsseldorf, Köln, Frankfurt a. M. und Stuttgart): Ihr Umsatzanteil sank von 48 % auf 44 %.

Bei der Preisentwicklung war 2025 im Vergleich zu 2024 insgesamt eine Seitwärtsbewegung zu beobachten, da die Renditen weitgehend stabil blieben.

Auf dem Vermietungsmarkt für Büroflächen verstärkte sich gleichzeitig eine deutliche Marktsegmentierung. Die Nachfrage konzentrierte sich jedoch klar auf hochwertige Standorte in zentralen Innenstadtlagen, die von der Return-to-Office-Bewegung profitierten. Entsprechend verzeichneten diese Lagen – vor allem moderne und flexible Flächenkonzepte – eine steigende Nachfrage und Spitzenmieten von bis zu 45 EUR/m².

Zusammenfassend für die Entwicklung im Jahr 2025 waren weiterhin zentrale Standorte und qualitativ hochwertige Objekte von der insgesamt angespannten Marktlage am Immobilienmarkt in Deutschland weniger betroffen, so dass eine entsprechend zunehmende Marktdifferenzierung zu beobachten ist.

Geschäftsverlauf

Die Kasse blickt auf ein im Vergleich zu den Erwartungen gutes wirtschaftliches Ergebnis im Jahr 2025 zurück, das zur Stärkung der Verlustrücklage und somit der Risikotragfähigkeit verwendet werden konnte. Dazu trugen unter anderem die auskömmlichen Renditeniveaus auf den Rentenmärkten sowie Kursanstiege der Aktienmärkte bei.

Besondere Tätigkeitsschwerpunkte im abgelaufenen Geschäftsjahr bildeten neben dem regelmäßigen Geschäftsbetrieb die Satzungsmodernisierung sowie die Arbeiten an der Erfüllung der von DORA (Digital Operational Resilience Act) vorgegebenen regulatorischen IKT-Anforderungen.

Der erzielte Jahresüberschuss i.H.v. 2,5 Mio. EUR (Vj. 3,3 Mio. EUR) übertraf unsere Planung. Das positive Ergebnis wurde vollständig der Verlustrücklage zugeführt. Damit konnte die aufsichtsrechtliche Solvabilitätskapitalanforderung ausschließlich aus Eigenmitteln A bedeckt werden. Darüber hinaus stehen 1,8 Mio. EUR aus dem noch nicht eingezahlten Gründungsstock als Eigenmittel B zur Verfügung. Insgesamt beträgt die Solvabilitätsquote zum Jahresende 108 % (Vorjahr: 103 %).

Der Rechnungszins zur Bewertung der Deckungsrückstellung für die Pflichtversorgung und den Basistarif im Berichtsjahr beträgt 3,05 %. Insgesamt beträgt die pauschale Deckungsrückstellung zum Jahresende 2025 unverändert 3,6 Mio. EUR.

Für das Geschäftsjahr 2025 wurden ausschließlich finanzielle Steuerungsgrößen bzw. finanziell bedeutsame Leistungsindikatoren festgelegt. Diese betreffen unter anderem das Ergebnis aus dem Versicherungsgeschäft und aus Kapitalanlagen (Nettoverzinsung), die Solvabilität sowie das Jahresergebnis. Die gesetzten Risikolimits wurden von der Kasse jederzeit eingehalten.

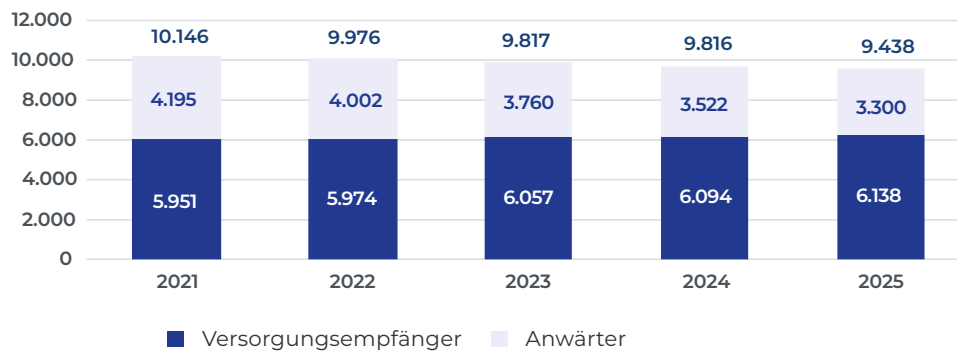
Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren für die Geschäftstätigkeit der Kasse gemäß § 289c Abs. 3 Nr. 5 HGB liegen derzeit nicht vor.

Die in den folgenden Abschnitten angegebenen Zahlen und Summen wurden jeweils kaufmännisch gerundet. Die Zahlen in Klammern mit dem Kürzel „Vj.“ entsprechen den Vorjahreszahlen.

Bestandsentwicklung

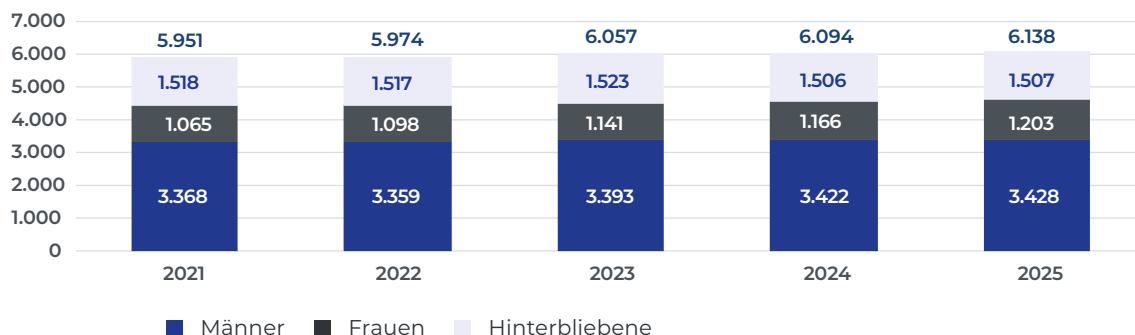
Die Gesamtzahl der Versicherten sank im Geschäftsjahr 2025 um 178 auf insgesamt 9.438. Der Trend der Vorjahre setzte sich aufgrund der Schließung der Pflichtversorgung weiter fort. So hat sich die Zahl der Versorgungsempfänger im Vergleich zum Vorjahr um 44 auf 6.138 erhöht, während sich die Anzahl der Anwärter um 222 auf 3.300 verringerte. Mit 301 Versicherten verstarben in der maßgeblichen Pflichtversorgung ca. 11 % mehr als rechnerisch erwartet.

Entwicklung des Versichertenbestands



Zum Bilanzstichtag liegt der Anteil der weiblichen Anwärter bei 30,1 % (in absoluten Zahlen: 993); der Anteil an weiblichen Versorgungsempfängern bei 42,4 % (2.601), wovon 1.398 als Witwen geführt werden.

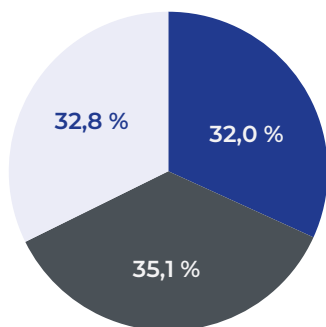
Bestand Versorgungsempfänger



Altersstruktur bei Versorgungsempfängern und Anwärtern

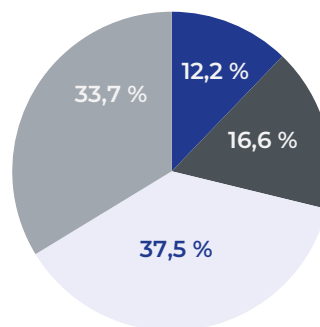
Bei der Altersstruktur gab es leichte Veränderungen. Zum Ende des Geschäftsjahres gehörten 2.016 Versicherte zur Gruppe der über 80-Jährigen (Vj. 1.966).

Altersstruktur der Versorgungsempfänger



- bis 70 Jahre
- über 70 bis 80 Jahre
- über 80 Jahre

Altersstruktur der Anwärter



- bis 40 Jahre
- über 40 bis 50 Jahre
- über 50 bis 60 Jahre
- über 60 Jahre

Neue Mitgliedschaften kamen durch die freiwillige Versorgung (42), durch Versorgungsausgleich (11) und durch die Hinterbliebenen-Versorgung (111) zustande.

Detaillierte Angaben zur Entwicklung der Mitgliederzahlen sind der Übersicht „Bestandsbewegungen der Versicherten“ auf Seite 38 (Anlage zum Lagebericht) zu entnehmen.

Ertragslage

Ergebnis Versicherungsgeschäft

Das laufende Ergebnis des Versicherungsgeschäfts (Beitragseinnahmen abzgl. Versorgungsleistungen) beträgt -56,0 Mio. EUR (Vj. -53,8 Mio. EUR). Das negative Ergebnis resultiert aus dem Überhang an Versorgungsempfängern zu Anwärtern.

Die Beitragseinnahmen haben sich durch den Rückgang an Anwärtern im abgelaufenen Geschäftsjahr erwartungsgemäß weiter verringert. Sie lagen bei 16,0 Mio. EUR (Vj. 16,5 Mio. EUR), wovon 14,8 Mio. EUR auf die Pflichtversorgung entfallen.

Einnahmen	2024 TEUR	2025 TEUR
Arbeitgeber	12.762	12.448
Versicherte	3.441	3.352
Zulagen gemäß AVmG ¹⁾	304	247
Gesamt	16.507	16.047

¹⁾ Altersvermögensgesetz

Die Versorgungsleistungen (=Ausgaben) stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 1,8 Mio. EUR an. Sie belaufen sich auf 72,1 Mio. EUR und entsprachen weitestgehend dem erwarteten Wert von 72,3 Mio. EUR. Im Geschäftsjahr 2025 sind weniger Erwerbsminderungsrentner neu hinzugekommen als in die Altersrente gewechselt, so dass die Summe an ausgezahlten Erwerbsminderungsrenten um 0,25 Mio. EUR gesunken ist. Die Summe der an Erben ausgezahlten Arbeitnehmerbeiträge stieg um 0,07 Mio. EUR an.

Ausgaben	2024 TEUR	2025 TEUR
Altersrenten	57.584	59.489
Hinterbliebenenrenten	10.968	11.000
Erwerbsminderungsrenten	1.718	1.465
Beitragsrückzahlungen / sonstige Leistungen	38	107
Gesamt	70.308	72.061

Deckungsrückstellung

Die in der Bilanz ausgewiesene Deckungsrückstellung wurde zum 31.12.2025 vom Verantwortlichen Aktuar neu berechnet. Sie beträgt 1.628,4 Mio. EUR, wovon 3,6 Mio. EUR auf pauschale Rückstellungen entfallen. Während sich die Deckungsrückstellung der Pflichtversorgung um 10,4 Mio. EUR reduzierte, erhöhte sich der Wert der freiwilligen Versorgung um 1,4 Mio. EUR, was im Saldo zu einer Auflösung in Höhe von 9,0 Mio. EUR führte.

Bilanzposition	2024 TEUR	2025 TEUR
Deckungsrückstellung inkl. Pauschale	1.636.972	1.627.958
Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	291	407
Rückstellung für Beitragsrückserstattung	46	57
Gesamt	1.637.309	1.628.422

Ergebnis aus Kapitalanlagen

Für das abgelaufene Geschäftsjahr wurde ein im Vergleich zum Vorjahr geringeres Ergebnis aus Kapitalanlagen in Höhe von 67,4 Mio. EUR erzielt (Vj. 74,6 Mio. EUR) erzielt. Die Hauptursache für die Abweichung sind gegenüber dem Vorjahr keine Abgangsgewinne aus der Übertragung von Immobilien zwischen der Kasse und ihrer Beteiligungsgesellschaft. Das Kapitalanlageergebnis setzt sich im Wesentlichen aus Fondsausschüttungen und den ordentlichen Erträgen des Immobilien-Direktbestands zusammen. Die Ausschüttungen aus den liquiden Fonds und die Erträge aus dem Immobilien-Direktbestand übertrafen die geplanten Erträge, während die Erträge aus den Immobilien- sowie den Infrastrukturfonds hinter den Erwartungen zurückblieben. Die Nettoverzinsung beträgt 2,9 % (Vj. 3,2 %).

Die Ausschüttungen aus den liquiden Investmentfonds stiegen um 4,2 Mio. EUR im Vergleich zum Vorjahr. Im Masterfonds wurden sämtliche ausschüttungsfähigen Erträge vereinnahmt. In den Rentenfonds trugen gestiegene Kupons zu höheren Ausschüttungen bei.

Die Zinserträge aus der Renten-Direktanlage verringerten sich aufgrund des rückläufigen Volumens um 0,6 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr.

Im Immobilien-Direktbestand übertrafen die erzielten Erträge aus Nettokaltmieten die Erwartungen leicht. Das Beteiligungsergebnis fällt gegenüber dem Vorjahr um 0,3 Mio. EUR höher aus.

Erträge	2024 TEUR	2025 TEUR
Investmentfonds incl. Private Debt-IHS	37.136	40.861
Renten-Direktanlage	2.647	2.000
Immobilien-Fonds	5.262	5.515
Abgangsgewinne / Zuschreibung Investmentfonds	276	152
Immobilien-Direktbestand, davon	29.260	18.889
Beteiligungsergebnis	3.671	3.970
Gesamt	74.580	67.417

Den Erträgen stehen nicht umlagefähige Verwaltungsaufwände für Kapitalanlagen in Höhe von 3,2 Mio. EUR sowie laufender Aufwand für den Immobilien-Direktbestand in Höhe von 7,4 Mio. EUR inklusive sonstiger Verwaltungsaufwand für Immobilien in Höhe von 0,4 Mio. EUR (ohne Betriebskosten) gegenüber. Der Rückgang der Aufwendungen ist im Wesentlichen wie prognostiziert auf reduzierte Instandhaltungskosten zurückzuführen. Im Vergleich zum Vorjahr weniger ergebnisbelastend sind die Rückzahlungen aus der Heiz- und Betriebskostenabrechnung für das Jahr 2024. Darüber hinaus wurden außerordentliche Abschreibungen auf den Immobilien-Direktbestand als Resultat gutachterlicher Neubewertungen in Höhe von 2,4 Mio. EUR vorgenommen.

Der Betrag der außerordentlichen Abschreibungen bewegte sich mit 4,7 Mio. EUR auf dem Niveau des Vorjahres. Bei den Investmentfonds verteilten sich die Abschreibungen auf sechs Fonds.

Aufwand Kapitalanlagen	2024 TEUR	2025 TEUR
Immobilien-Direktbestand Pensionskasse	10.184	7.387
lfd. Aufwand für Vermögensverwaltung	2.773	3.182
a. o. Abschreibungen u. Abgangsverluste		
Investmentfonds	4.693	4.744
Immobilien - Direktbestand	4.893	2.414
Gesamt	22.453	17.726

Sonstiges Ergebnis und Verwaltungskosten

Der Saldo aus den sonstigen Erträgen und den sonstigen Aufwendungen lag bei 0,6 Mio. EUR (Vj. 1,6 Mio. EUR). Der positive Saldo resultiert im Wesentlichen aus den Zinserträgen auf laufende Guthaben.

Gemäß der Satzung der Kasse und den darauf beruhenden Verwaltungskostenvereinbarungen kommen die Trägerunternehmen für die persönlichen und sächlichen Kosten der Pflichtversorgung (umlagefähigen Kosten) mit Ausnahme der Kosten für die Vermögensanlage auf. Die nicht umlagefähigen Kosten, die die Kasse selbst zu tragen hat, sind erwartungsgemäß moderat gestiegen und beliefen sich im Geschäftsjahr 2025 auf 3,2 Mio. EUR (Vj. 2,8 Mio. EUR).

Gesamtergebnis

Die Kasse hat im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Jahresüberschuss von 2,5 Mio. EUR erzielt (Vj. 3,3 Mio. EUR). Dieser wurde vollständig der Verlustrücklage gemäß § 193 VAG zugeführt.

Einzelheiten zum Jahresabschluss sind der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung im Anhang zu entnehmen.

Vermögenslage

Aus dem langfristigen Charakter der versicherungstechnischen Verpflichtungen leitet sich ein ebenso langfristiger Anlagehorizont für die Kapitalanlage der Kasse ab. Die Anlagepolitik folgt demzufolge keinen kurzfristigen Trends, sondern ist auf die dauerhafte Erfüllung der satzungsmäßigen Verpflichtungen ausgerichtet.

Die Kasse verfolgt eine strategische Asset Allokation, die ein optimales Gleichgewicht zwischen erwartetem Risiko und Rendite für einen langfristigen Anlagehorizont bietet. Dabei wird die Gewichtung der Asset-Klassen bei sich ändernden Wirtschafts- oder Marktbedingungen grundsätzlich stabil gehalten. Vor diesem Hintergrund dominieren Renten- und Immobilien-Anlagen.

Die Summe der Kapitalanlagen der Kasse beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 1.670,6 Mio. EUR und setzt sich größtenteils aus Investment- und Immobilienfonds zusammen. Diese werden von externen Fondsmanagern im Auftrag der Pensionskasse verwaltet.

	2024		2025	
	Mio. EUR	Anteil	Mio. EUR	Anteil
Investmentfonds	1.035,1	61%	1.052,5	63%
Immobilien-Fonds	154,6	9%	154,6	9%
Renten-Direktanlage	64,2	4%	41,3	2%
Immobilien-Direktbestand	430,5	26%	422,1	25%
Gesamt	1.684,5	100%	1.670,6	100%

Investmentfonds

Die Kasse setzt bei der Umsetzung ihrer Anlagestrategie konsequent auf die Expertise externer Fondsmanager. Die Pensionskasse verantwortet jedoch weiterhin die fondsübergreifende Risikoüberwachung und das Risikocontrolling. Dies erfolgt insbesondere durch eine aggregierte Risikobetrachtung.

Die Kasse investiert in folgende Investmentfonds:

Investmentfonds	2024		2025	
	Mio. EUR	Anteil	Mio. EUR	Anteil
Masterfonds	450,5	44%	468,2	44%
Rentenfonds	376,5	36%	382,0	36%
Infrastruktur-Fonds	76,6	7%	80,3	8%
Private Debt-Fonds	131,5	13%	122,0	12%
Gesamt	1.035,1	100%	1.052,5	100%

Masterfonds

Der Masterfonds setzt sich aus fünf Teilsegmenten mit unterschiedlichen Anlage-schwerpunkten bzw. -strategien zusammen. Dazu zählen Wandelanleihen, Schwellenländeranleihen, Rentenanlagen im Buy and Maintain-Ansatz, Aktien sowie eine Volatilitätsstrategie, die in Form eines Publikumsfonds umgesetzt wird.

Im Geschäftsjahr 2025 wurde das Engagement der Pensionskasse in Schwellenländeranleihen in Lokalwährungen vollständig beendet. Dies erfolgte durch den Verkauf eines Publikumsfonds mit einem Gegenwert von 28,9 Mio. EUR. Parallel dazu wurde ein neues Segment mit Fokus auf Aktieninvestitionen eingerichtet. Im Rahmen der Erstallokation wurden 9,0 Mio. EUR in einen passiv verwalteten ETF auf europäische Aktien investiert. Der verbleibende Verkaufserlös wurde vorübergehend in Geldmarktpapiere angelegt bzw. als Liquidität innerhalb des Masterfonds gehalten.

Im Buy and Maintain-Segment wurde die Duration des Portfolios auf 10,2 Jahre erhöht (Vorjahr: 8,7 Jahre). Gleichzeitig konnte das Bonitätsprofil weiter verbessert werden.

Darüber hinaus wurde eine Ertragsausschüttung in Höhe von 17,7 Mio. EUR vorgenommen, die vollständig thesauriert wurde. Zum Jahresende beträgt der Buchwert 468,2 Mio. EUR (Vorjahr: 450,5 Mio. EUR). Der entsprechende Zeitwert von 462,5 Mio. EUR führt zu einer stillen Last von 5,7 Mio. EUR, die gemäß dem gemilderten Niederstwertprinzip vorgetragen wurde.

Rentenfonds

Die Kasse investiert in zwei Rentenfonds nach dem Buy and Maintain-Ansatz. Die innerhalb dieser Fonds erworbenen Anleihen werden grundsätzlich bis zu deren Endfälligkeit gehalten. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden Umschichtungen innerhalb der Portfolios vorgenommen, infolge derer die durchschnittliche Duration der Fonds auf 12,1 Jahre (Vj. 10,3 Jahre) angestiegen ist. Dies erfolgte bei einer gleichzeitigen Reduktion der Bonitätsrisiken. Es wurden Erträge in Höhe von 12,0 Mio. EUR ausgeschüttet, wovon 5,5 Mio. EUR thesauriert wurden.

Die negative Entwicklung an den Rentenmärkten führte zu stillen Lasten von 21,5 Mio. EUR, die unter Anwendung des gemilderten Niederstwertprinzips vorgetragen werden. Der Buchwert beider Fonds beläuft sich zum Bilanzstichtag in Summe auf 382,0 Mio. EUR (Vj. 376,5 Mio. EUR).

Infrastruktur-Fonds

Dieses Segment umfasst vier Fonds, darunter zwei Fonds mit Anlagen zur Gewinnung erneuerbarer Energiequellen. Ein Fonds investiert in Beteiligungen an Infrastruktur- Unternehmen in Europa. Der vierte Fonds hält über verschiedene Zielfonds ein breit diversifiziertes Infrastruktur-Portfolio auf. Die Diversifikation bezieht sich sowohl auf Nutzungsarten als auch Länder bzw. Unternehmen.

Bei den beiden Fonds mit dem Anlagefokus erneuerbare Energien wurden Abschreibungen in Höhe von insgesamt 1,1 Mio. EUR vorgenommen. Der Kursrückgang resultiert im Wesentlichen aus schwachen Windverhältnissen und niedrigeren Strompreisen in einigen Teilmärkten.

Das Gesamtvolumen der Infrastrukturfonds beläuft sich zum Geschäftsjahresende auf 80,3 Mio. EUR (Vj. 76,6 Mio. EUR). Die Fonds weisen in Summe 8,3 Mio. EUR an stillen Reserven aus. Das Zeichnungsvolumen der Kasse beläuft sich auf 90,0 Mio. EUR. Im Jahr 2025 erfolgten Kapitalabrufe in Höhe von 4,8 Mio. EUR. Die noch offenen Kapitalabrufe werden in den nächsten zwei Jahren erwartet.

Private Debt-Fonds

Hierunter fallen vier Fonds sowie zwei Inhaberschuldverschreibungen, die einem Fonds vergleichbar gemanagt werden. Diese Fonds vergeben schwerpunktmäßig Kredite – hauptsächlich an europäische Unternehmen. Ein Branchenfokus besteht dabei nicht.

Das Investitionsvolumen sank durch Kapitalrückführungen infolge der Tilgung von Darlehen um 11,3 Mio. EUR. Demgegenüber standen Kapitalabrufe von 4,6 Mio. EUR. In dem Anlagesegment wurden Abschreibungen von insgesamt 2,7 Mio. EUR vorgenommen, welche sich auf drei Fonds verteilen. Die Abschreibungen resultieren aus Wertberichtigungen in den Kreditportfolios.

Zum Geschäftsjahresende beliefen sich die Investitionen der Kasse in diesem Bereich auf 122,0 Mio. EUR (Vj. 131,5 Mio. EUR). Die stillen Reserven beliefen sich insgesamt auf 0,9 Mio. EUR.

Renten-Direktanlage

Der Bestand reduzierte sich durch planmäßige Tilgungen um 22,9 Mio. EUR auf 41,3 Mio. EUR (Vj. 64,2 Mio. EUR). Die Kasse plant keine neuen Investitionen in diese Anlageform. Der Bestand wird bis 2033 durch Tilgungen vollständig abgebaut sein.

Immobilien

Ein zentraler Aspekt der Anlagestrategie der Kasse ist die Investition in einen Immobilien-Direktbestand. Der Fokus liegt hier auf Wohnimmobilien in der Metropolregion Berlin.

Der von der Kasse selbst bewirtschaftete Immobilien-Direktbestand umfasst 33 Objekte (davon 12 in der Beteiligungsgesellschaft) mit insgesamt 2.200 Wohnungen, 71 Gewerbeeinheiten und 1.310 Stellplätze. Davon wird ein in Leipzig gelegenes Objekt mit 42 Wohnungen und 46 Stellplätzen von einem Dienstleister verwaltet. Der Buchwert aller Immobilien inkl. der Anlagen im Bau beläuft sich nach ordentlichen und außerordentlichen Abschreibungen auf 422,1 EUR (Vj. 430,5 Mio. EUR). Im Jahr 2025 wurden 11 Immobilien einer gutachterlichen Folgebewertung unterzogen. Insgesamt ist die Entwicklung der Zeitwerte stabil bis leicht positiv.

Zum Jahresende liegen die stillen Reserven aller im Direkt-Bestand befindlicher Immobilien bei 110,3 Mio. EUR (Vj. 101,1 Mio. EUR).

Die Kasse ist über Immobilien-Fonds zudem an Immobilien-Sondervermögen beteiligt.

Die Kasse investiert in fünf Immobilien-Fonds mit einem Zeichnungsvolumen von 166,0 Mio. EUR, wovon 8,4 Mio. EUR noch nicht abgerufen sind. Die Fonds fokussieren sich jeweils auf unterschiedliche Anlagen – zwei mit dem Schwerpunkt Büroimmobilien und drei Investments mit dem Fokus Wohnen. Ein Fonds investiert ausschließlich in Studentenwohnheime. Die Immobilien liegen vorwiegend in deutschen Metropol- und Wachstumsregionen. Außerdem befindet sich ein weiterer Immobilienfonds in Abwicklung im Bestand, der jedoch bereits keine Immobilien mehr hält. Für ein nachlaufendes Verfahren hält der Fonds noch ein Gesamtvermögen von 1,0 Mio. EUR.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr erfolgten Kapitalabrufe von insgesamt 0,8 Mio. EUR. Die Fonds entwickelten sich hinsichtlich der Ausschüttung insgesamt positiv, wengleich bei einem Fonds eine negative Entwicklung der Kursperformance zu verzeichnen ist. Die in den Fonds gehaltenen Immobilien werden jährlich gutachterlich bewertet. Das Resultat sind teils deutliche Rückgänge der gutachterlichen Schätzwerte von Büroimmobilien. Begründet wird dies durch gestiegene Zinsen bzw. Liegenschaftszinsen sowie höhere Instandhaltungs- und Baukosten. Vier Fonds weisen zum Jahresende stille Reserven in Höhe von 27,5 Mio. EUR (Vj. 26,1 Mio. EUR) auf. Bei einem Fonds belaufen sich die Abschreibungen auf 0,9 Mio. EUR.

Die Immobilienquote liegt am Jahresende bei 34,5 % (Vj. 35,1 %). Diese Quote zeigt das Verhältnis des Buchwerts des Immobilienportfolios zum Gesamtbuchwert des

Sicherungsvermögen an. Die Kasse kann aufgrund der Genehmigung durch die BaFin (März 2021) – abweichend von der gemäß AnIV zulässigen Höchstquote – bis zu 40 % des gesamten Sicherungsvermögens in Immobilien und Immobilien-Sondervermögen investieren.

Finanzlage

Liquidität

Die erforderliche Liquidität der Kasse ist in Form von Barmitteln sowie jederzeit veräußerbaren Geldmarkt- oder Rentenpapieren gegeben. Die Auszahlungsströme der Kasse sind gut prognostizier- und steuerbar. Liquiditätsengpässe infolge erhöhter Zahlungsanforderungen oder unzureichenden Marktliquidität der Kapitalanlagen sind nicht zu erwarten.

Auf den laufenden Bankguthaben außerhalb der Kapitalanlagen wird grundsätzlich ein Mindestliquiditätsbestand vorgehalten, welcher sich am Liquiditätsbedarf des Versicherungsgeschäfts orientiert.

Insbesondere durch Fälligkeiten in der Renten-Direktanlage und Rückführungen bei den Private Debt-Fonds stiegen die laufenden Guthaben auf den Konten der Kasse, welche am Stichtag 31.12.2025 bei 27,3 Mio. EUR (Vj. 17,2 Mio. EUR) lagen.

Eigenkapital

Das gesamte Eigenkapital beträgt zum Geschäftsjahresende 72,7 Mio. EUR (Vj. 70,3 Mio. EUR), wovon 65,0 Mio. EUR Mittel aus dem eingezahlten weiteren Gründungsstocks sind. Nach Zuführung des Jahresüberschusses liegt die Verlustrücklage bei 7,8 Mio. EUR (Vj. 5,3 Mio. EUR).

Gesamtaussage zur wirtschaftlichen Lage

Die zusammenfassende Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage zeigt, dass die Kasse im Geschäftsjahr 2025 ihren Verpflichtungen gegenüber den Versicherten jederzeit und in vollem Umfang Rechnung getragen hat und auch in Zukunft erfüllen kann. Der Vorstand bewertet die Entwicklung des Geschäftsjahres 2025 als zufriedenstellend.

Risikomanagementsystem

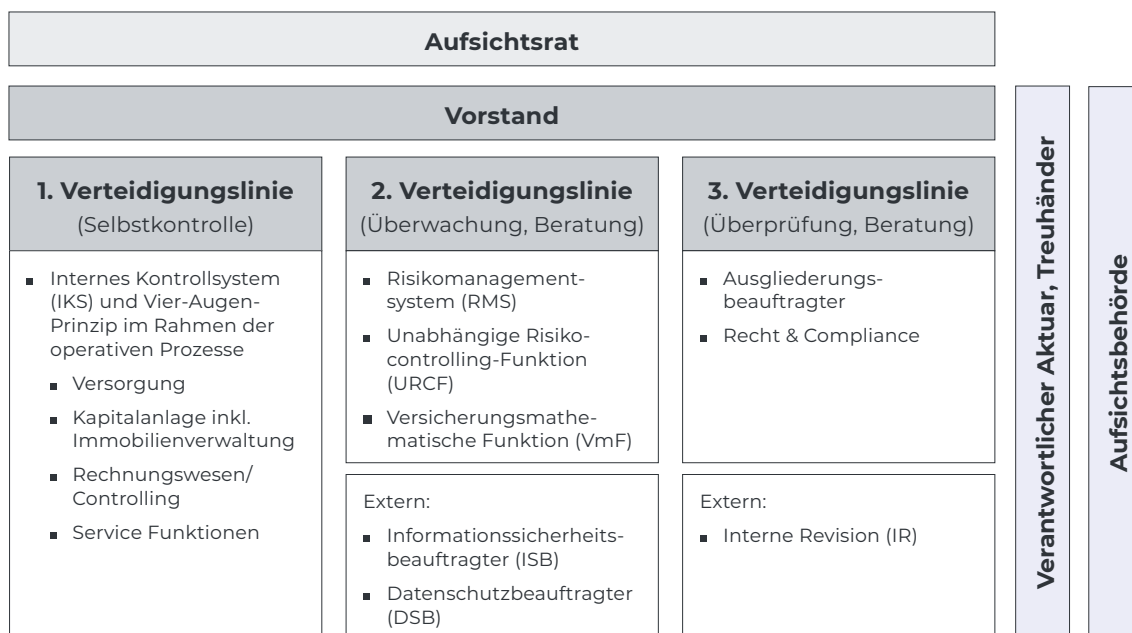
Die jederzeitige und dauerhafte Erfüllung der zukünftigen und bestehenden satzungsgemäßen Versorgungsverpflichtungen unter Einhaltung der regulatorischen Vorgaben ist oberstes Ziel der Kasse.

Das Risikomanagementsystem (RMS) der Pensionskasse, d.h. die Gesamtheit der internen Regelungen und Verfahren, die einen strukturierten Umgang mit Risiken in der Kasse sicherstellt, spielt dabei eine herausragende Rolle. Es ist als zentraler Bestandteil der Unternehmenssteuerung in der übergeordneten Geschäfts- wie auch der Risikostrategie festgeschrieben, wo der Rahmen und die Leitplanken für das RMS vom Vorstand definiert werden. Die Hauptaufgabe des RMS besteht darin, sämtliche Risiken, denen die Pensionskasse tatsächlich oder möglicherweise ausgesetzt ist,

- zeitnah zu identifizieren,
- qualitativ und, sofern zweckmäßig, auch quantitativ zu bewerten,
- einzeln und auf aggregierter Basis unter Berücksichtigung der zwischen den Risiken bestehenden Interdependenzen kontinuierlich zu steuern,
- regelmäßig zu überwachen und
- dem Vorstand und ggf. weiterer Stakeholdern aussagefähig über diese Risiken zu berichten.

Insoweit kann das Risikomanagement der Kasse als ein kontinuierlicher Prozess der Identifizierung, Bewertung und Priorisierung von und der hierarchieübergreifenden Sensibilisierung der Belegschaft für Risiken aufgefasst werden. Es ist gleichwohl ein strukturierter Ansatz zur Früherkennung von potenziellen Bedrohungen oder Entwicklungen, die künftig bestandsgefährdende Wirkungen für die Kasse entfalten könnten, sei es in finanzieller, operationeller oder strategischer Hinsicht. Das Hauptziel des Risikomanagements besteht darin, das Schadenspotential (die Risikohöhe) und die zugehörige Eintrittswahrscheinlichkeit durch Einleitung angemessener und wirksamer Steuerungsmaßnahmen auf ein für die Kasse akzeptables Niveau zu reduzieren.

Das RMS unterstützt den Vorstand bei der Erreichung der geschäftspolitischen Ziele. Es ist in der Kasse organisatorisch fest in der Struktur des Modells der drei Verteidigungslinien („three-lines-of-defense“) verankert.



Methodische und prozessuale Details sind im Risikohandbuch und in weiteren internen Leit- und Richtlinien bzw. Verfahrensbeschreibungen geregelt. Zu den Instrumenten und Techniken, die hierbei zum Einsatz kommen, zählen u. a. Szenarioanalysen, Stresstests, statistische Auswertungen, interne und externe Expertenschätzungen, im Ergebnis der jährlich durchgeführten Risikoinventur das Risikoinventar, Risikomeldungen, Risikoworkshops, das Limit- und Schwellenwertsystem, das Risikotragfähigkeitskonzept (RTF-Konzept) oder das Aktiv-Passiv-Management („Asset-Liability-Management“ – ALM).

Die Kasse hat ein internes Kontrollsystem (IKS) zur Gewährleistung der Sicherheit, der Ordnungsmäßigkeit sowie der Wirtschaftlichkeit aller Prozesse und Aufgaben etabliert. Das IKS hat in erster Linie eine prozessabhängige, präventive und aufdeckende Funktion und unterstützt die Bereichsleiter bei der fortlaufenden Optimierung der Geschäftsabläufe. So soll die Gefahr von Verlusten, die durch die Unangemessenheit oder das Versagen von internen Verfahren, Personen, Systemen oder durch externe Ereignisse (einschließlich einer Veränderung des Rechtsumfeldes) verursacht werden könnten, durch den koordinierten Einsatz von Ressourcen minimiert werden. Prozessunabhängig sind ergänzend retrospektive Kontrollen implementiert.

Die Bereichsleiter sind dabei in der Rolle von dezentralen Risikoverantwortlichen für das Management der operationellen Risiken ihrer Geschäftsprozesse sowie der nicht-operationellen Risiken, die aus den Geschäftsschwerpunkten ihrer Bereiche erwachsen. So beobachtet und steuert der Leiter Kapitalanlagen beispielsweise die Kapitalmarktrisiken.

Die unabhängige Risikocontrolling-Funktion (URCF), die im Geschäftsjahr 2025 wieder von der Kasse erbracht wurde, stellt sicher, dass für das operative Risikomanagement angemessene Prozesse, Verfahren und Methoden implementiert sind und stetig weiterentwickelt werden. Sie ist für die Plausibilisierung der Einzelrisiken,

deren Aggregation sowie für die Analyse und Bewertung der Gesamtrisikolage der Kasse zuständig. Hierzu gehört auch die Überwachung von Limiten (Signalgeber des Frühwarnsystems) und Maßnahmen zur Risikobegrenzung auf aggregierter Ebene.

Als Basis für die Festlegung der Limite für Einzelrisiken dient das RTF-Konzept, das auf Vorschlag der URCF vom Vorstand genehmigt wird. Aufbauend auf den Ergebnissen der Risikoinventur legt es dar, wie viel Risikodeckungspotenzial der PK insgesamt zur Verfügung steht und wie viel davon als Risikodeckungsmasse zur Abdeckung potenzieller Verluste mindestens aller wesentlichen Risiken verwendet werden soll. Dem wird gegenübergestellt, welches Risikokapital tatsächlich erforderlich ist. Dem Konzept wird maßgeblich von ökonomischen Kennzahlen gesteuert, es finden aber auch Vorgaben der Rechnungslegung Berücksichtigung.

Werden die Schwellenwerte und Limite über- oder auch unterschritten, löst dies eine Berichtspflicht des Risikoverantwortlichen in Form einer Risikomeldung an den Risikocontroller (URCF) und an den Vorstand aus.

Das ALM ist ein zentrales Element des RMS. Ziel ist, die langfristige Erfüllbarkeit der Verpflichtungen zu überwachen. Hierfür werden vom Aktuar und von auf Langzeitprognosen spezialisierten Dienstleistern regelmäßig langfristige Asset-Liability-Studie sowie versicherungsmathematische Prognosen erarbeitet. Die Ergebnisse sind wesentliche Entscheidungsgrundlage für die Ausrichtung oder Adjustierung der langfristigen Kapitalanlagen sowie für die Steuerung der versicherungstechnischen Risiken.

Die Aufgaben der Versicherungsmathematischen Funktion (VmF) führt der Bereichsleiter Versorgung aus. Sie ist neben dem Aktuar eine zusätzliche Kontrollfunktion für die Überwachung der versicherungstechnischen Risiken. In dieser Funktion überprüft und beurteilt die VmF die Angemessenheit der Annahmen und Methoden des verantwortlichen Aktuars für die Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellung und unterzieht deren Ergebnisse einer Plausibilisierung. Im jährlichen VmF-Bericht stellt sie die wesentlichen aktuellen Entwicklungen des Versichertenbestandes sowie ggf. veränderter Risikofaktoren vor.

Die Kasse hat geeignete Prozesse eingerichtet, um frühzeitig die wesentlichen Änderungen der Gesamtrisikolage zu erkennen, und in der Leitlinie zur Beurteilung der finanziellen Lage zusammengefasst.

Der Vorstand wird monatlich und, sofern erforderlich, ad hoc über die aktuelle Risikosituation der Kasse sowie über risikorelevante Themen informiert. Darüber hinaus erfolgt die gesetzlich vorgeschriebene Risikoberichterstattung an den Vorstand, den Aufsichtsrat und die BaFin entsprechend den aufsichtsrechtlichen Mindestanforderungen an die Geschäftsorganisation von Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung (MaGo für EbAV) und an die Eigene Risikobeurteilung (ERB).

Mit dem vorhandenen RMS und dessen spezifischen Regelungen werden die gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen erfüllt. Die Interne Revision unterstützt als objektive und unabhängige Prüfungs- und Beratungsinstanz den

Vorstand bei den Überwachungsaufgaben und überprüft jährlich die im mittelfristigen Prüfungsplan festgelegten Teile des RMS der Kasse. Sie gewährleistet die Einhaltung gesetzlicher, aufsichtsrechtlicher und interner Vorgaben und stellt die Ordnungsmäßigkeit des gesamten Unternehmensführungssystems sicher. Die Funktion der Internen Revision ist an die Assekurata Solutions GmbH ausgliedert. Die Ergebnisse der Prüfungen sind Ausgangspunkt für eine kontinuierliche Nachjustierung der Aufbau- und Ablauforganisation der Kasse, ggf. auch mit Hinblick auf anerkannte externe Standards.

Das Risikomanagementsystem unterliegt einem kontinuierlichen Anpassungs- und Verbesserungsprozess. Zur weiteren Unterstützung bei der Bewertung, Entwicklung von Maßnahmen und Steuerung spezifischer Risiken bedient sich die Kasse spezialisierter Dienstleister. Hierzu gehören insbesondere die intersoft consulting GmbH als Datenschutzbeauftragter (DSB) der Kasse sowie die B+W it solutions GmbH als Informationssicherheitsbeauftragter (ISB).

Die Risiken der Kasse lassen sich den folgenden Kategorien zuordnen:

- Kapitalanlagerisiken;
- versicherungstechnische Risiken;
- operationelle Risiken;
- strategische Risiken.

Kapitalanlagerisiken

Sicherheitsorientierte Vermögensanlage

Das Vermögen der Kasse wird unter Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Vorgaben in ein breit diversifiziertes Portfolio an Anlagen investiert. Es umfasst die Asset-Klassen Renten, Aktien, Immobilien, Infrastrukturinvestitionen oder Private Debt. Neben der Rendite wird insbesondere der Sicherheit der Vermögensanlagen ein hohes Gewicht beigemessen. Eine sichere Vermögensanlage garantiert die Erfüllbarkeit der abgeschlossenen Versicherungsverträge. Risiken werden eingegangen, um die erforderliche Rendite zu erwirtschaften, wobei stets die Unternehmensplanung und das verfügbare Risikobudget (Risikotragfähigkeit) berücksichtigt werden.

Das strategische Anlageportfolio wird auf Grundlage der Ergebnisse der Asset-Liability-Studie ermittelt, die jährlich aktualisiert wird. Statt kurzfristigen Markttrends zu folgen, wird ein Zielportfolio definiert, das im Hinblick auf das Rendite-Risiko-Verhältnis optimiert ist. Die Kapitalanlagestruktur wird fortlaufend überprüft und wenn nötig an die Kapitalmarktentwicklung angepasst. Dabei wird die Risikotragfähigkeit der Kapitalanlagen regelmäßig ermittelt und ergänzend durch Stresstests überprüft.

Die Kasse setzt bei der Umsetzung ihrer Anlagestrategie konsequent auf die Fachkenntnisse externer Fondsmanager, indem sie das Management von Kapitalmarktanlagen einschließlich des operativen Risikomanagements an Fondsgesellschaften auslagert. Dabei werden Anlagerichtlinien zur Auswahl der Anlagen verwendet. Die Kasse behält jedoch weiterhin die fondsübergreifende Risikoüberwachung und das Risikocontrolling, insbesondere durch eine aggregierte Risikobetrachtung, in ihrer Verantwortung.

Eine Messung oder Berücksichtigung negativer Auswirkungen von Investitionsentscheidungen auf Nachhaltigkeitsfaktoren gestaltet sich aufgrund der Vielschichtigkeit einzelner Asset-Klassen, der Schwierigkeiten bei der Beschaffung ausreichender Datengrundlagen und der Anwendung einer einheitlichen Systematik zur Bewertung dieser Auswirkungen als herausfordernd und wird daher derzeit nicht verfolgt. Nachhaltigkeit ist somit kein primäres Anlageziel. ESG-Risiken bilden keine gesonderte Risikokategorie, sondern materialisieren sich in bestehenden Risikokategorien. Die Integration von Nachhaltigkeitsaspekten in den Investitionsentscheidungsprozess dient primär der Risikoreduzierung.

Gleichwohl nimmt der umfangreiche Immobilien-Direktbestand innerhalb des breit diversifizierten Anlageportfolios eine gewisse Sonderstellung ein, da seine Bewirtschaftung hauptsächlich durch die Kasse selbst erfolgt. In den vergangenen Jahren hat die Kasse einen erheblichen Teil ihres Instandhaltungsbudgets für die Sanierung und Modernisierung der Gebäudesubstanz bereitgestellt. Um den Bestand zukunftssicher zu gestalten und zu erhalten, werden Budget und Maßnahmen insbesondere hinsichtlich der Energieeffizienz über den gesamten Lebenszyklus der Immobilien geplant und bewertet. Dazu sollen Kriterien für die Beurteilung und Steuerung nach ökologischen Gesichtspunkten definiert und schrittweise umgesetzt werden. Für Baumaßnahmen oder Instandhaltungsarbeiten werden ausschließlich externe Dienstleister beauftragt. Dabei legt die Kasse großen Wert auf eine langfristige, faire und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit regionalen Anbietern.

Kapitalanlagerisiken dominieren in der Gesamtrisikobetrachtung der Kasse, deren wichtigstes Unternehmensziel eine risikokontrollierte und verantwortungsbewusste Kapitalanlagepolitik ist. Ziel der gesamten Anlagetätigkeit ist es, durch Art, Umfang und Qualität der Vermögensanlagen die dauerhafte Erfüllbarkeit der Pensionsverpflichtungen sicherzustellen, indem die dafür erforderlichen Nettokapitalerträge erwirtschaftet werden. Die Anlagegrundsätze Sicherheit, Qualität, Rentabilität, Liquidität sowie Mischung und Streuung werden vom VAG vorgegeben.

Die wichtigsten zu beachtenden Kapitalanlagerisiken der Kasse sind das Markt-, das Adressenausfall- und das Liquiditätsrisiko. Fremdwährungsrisiken, die nur in Investmentfonds bestehen, sind für die Kasse von untergeordneter Bedeutung, da die Anlagen, die nicht auf EUR lauten, ganz überwiegend mit Währungssicherung getätigt werden.

Marktrisiko

Das Marktrisiko oder Marktpreisänderungsrisiko beschreibt die Gefahr negativer Wertentwicklung von Kapitalanlagen aufgrund allgemeiner Veränderung von preisbildenden Markt-Parametern (Risikofaktoren) wie zum Beispiel Zinsen, Spreads (Risikoprämien bzw. -aufschläge) oder Wechselkurse, die unter Umständen nicht unmittelbar mit den Vermögenswerten selbst zu tun haben. Durch breite Diversifikation in ein Portfolio von Werten, deren Entwicklung möglichst wenig miteinander zusammenhängt, kann das Marktrisiko reduziert werden.

Die Kasse minimiert das Marktpreisrisiko, indem sie Asset-Klassen mit hohem Schwankungsrisiko ausschließt (Rohstoffe, Hedgefonds) oder in solche nur in einem geringen Umfang investiert (Wandelanleihen). Darüber hinaus setzt sie eine Buy-and-Maintain-Strategie in der Renten-Direktanlage und in zwei reinen Rentenfonds um. Im Geschäftsjahr 2025 wurden im Rahmen der Anlagerichtlinien Marktopportunitäten bei der indirekten Anlage in Rentenpapieren weiter genutzt.

Vor dem langfristigen Anlagehorizont stellen Immobilien ein Basisinvestment für die Kasse dar. Immobilien bieten laufende Renditen mit moderater Wertschwankung. Die Kasse hält Wohnimmobilien in der Metropolregion Berlin im Eigenbestand. Durch anhaltende Investitionen in Gebäudesubstanz und -technik werden günstige Voraussetzungen für eine möglichst positive Wertentwicklung geschaffen. Der strukturelle Nachfrageüberhang nach Wohnraum in Berlin wird auch in Zukunft für kontinuierliche Erträge sorgen. Die Entwicklung der Verkehrswerte des Immobilien-Direktbestandes wird von unabhängigen externen Sachverständigen ermittelt. Im vergangenen Jahr wurde planmäßig ein Teil des Bestandes evaluiert, mit dem Ergebnis einer in Summe nahezu unveränderten Wertentwicklung der bewerteten Objekte trotz Anstiegs der Liegenschaftszinsen seit den letzten gutachterlichen Bewertungen. Für ein Objekt musste zum Jahresende jedoch eine außerordentliche Buchwertabschreibung vorgenommen werden.

Der Marktpreis von Immobilien-Fonds wird im Wesentlichen von zwei Faktoren bestimmt – zum einen vom laufenden Nettoertrag aus der Objektbewirtschaftung, zum anderen von der Entwicklung der Immobilien-Verkehrswerte, die jährlich von unabhängigen Dritten ermittelt werden. Neben den Liegenschaftszinsen spielt das zukünftige Mietpotenzial eine wesentliche Rolle. Dieses wird neben Standortfaktoren insbesondere von volkswirtschaftlichen Faktoren beeinflusst. Im vergangenen Jahr kam es zu teilweise deutlichen Anpassungen der Verkehrswerte bei den Büroimmobilien aufgrund marktbedingter Steigerungen der Liegenschaftszinsen sowie inflationsbedingter Kostensteigerungen für Ausbauarbeiten und Instandhaltung. In der Folge wurden Dividendenzahlungen reduziert. Im Jahresabschluss war eine Buchwertabschreibung erforderlich.

Adressenausfallrisiko

Das Adressenausfallrisiko bei Finanzanlagen wird als Emittentenrisiko bezeichnet. Emittenten sind Herausgeber von Wertpapieren wie Anleihen, Schuldverschreibungen, Aktien u.ä., die gegenüber dem Inhaber des Wertpapiers eine Verpflichtung eingehen. Das Emittentenrisiko bezeichnet in erster Linie die Gefahr, dass der Herausgeber von Wertpapieren seinen vertraglichen Zahlungsverpflichtungen nicht, nicht fristgerecht oder nur zum Teil nachkommen kann. Des Weiteren beschreibt es die Gefahr eines potenziellen Wertverlustes bei einer Bonitätsherabstufung. Zur Erleichterung der Einschätzung der Kreditwürdigkeit lassen viele Emittenten ihre Bonität von Rating-Agenturen mit weltweit akzeptierter Bedeutung wie Moody's, Standard & Poor's und Fitch bewerten.

In den Investmentfonds erfolgt die Überwachung und Steuerung der Adressenausfallrisiken durch die Fondsmanager auf Basis der vorgegebenen Anlagerichtlinien. Dabei hat die Kasse Vorgaben sowohl für ein Mindestrating auf Ebene der Emittenten oder Einzeltitel gemacht, welche bis auf eine Beimischung (High-Yield-Anlagen) im Investment Grade Bereich gemäß der Definition der international anerkannten Rating-Agenturen liegen müssen. Die High-Yield-Anlagen umfassen Wandel- und Schwellenländeranleihen mit Ratings im Non-Investmentgrade-Bereich. Der Anteil dieser Beimischung an den gesamten Anlagen (Sicherungsvermögen) lag zum Geschäftsjahresende bei rd. 1,0 % (Basis Buchwerte). Im Rahmen der regelmäßigen Berichterstattung der Fonds wird die Einhaltung der Rating-Kriterien durch die Kasse überprüft. Im Geschäftsjahr 2025 gab es in den liquiden Investmentfonds keine Ausfälle.

Im Anlagesegment Private Debt wurden im Geschäftsjahr 2025 Abschreibungen von insgesamt 2,7 Mio. EUR vorgenommen, welche sich auf drei Fonds verteilen. Die Abschreibungen resultieren aus Wertberichtigungen in den Kreditportfolien. Diese können in Kreditportfolien in der Run-off-Phase vermehrt auftreten.

Die Renten-Direktanlage besteht vorwiegend aus Papieren der öffentlichen Hand sowie geeigneter europäischer Kreditinstitute und der Europäischen Investitionsbank. Die Papiere der Kreditinstitute sind durch einschlägige Sicherungssysteme abgedeckt oder als Pfandbriefe hinterlegt. Die Entwicklung der Emittenten wird im Bereich Kapitalanlage regelmäßig anhand von sowohl durch die Beobachtung des Ratings der Rating-Agenturen als auch ein jährliches internes Kreditrisikomonitoring überwacht, ebenso unterliegen die Sicherungsgrenzen der Sicherungssysteme einem periodischen Monitoring. Es wird eine Watchlist geführt, die im Rahmen des Kapitalanlage-Steuerungsreportings monatlich an den Vorstand berichtet wird. In der Renten-Direktanlage kam es im abgelaufenen Geschäftsjahr zu keinem Ausfall von fälligen Zins- oder Tilgungszahlungen.

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko bezeichnet die Gefahr, anstehende Zahlungsverpflichtungen nicht mehr uneingeschränkt oder fristgerecht bedienen zu können. Es entsteht, wenn eine Kapitalanlage nicht schnell genug und ohne signifikanten Wertverlust in Bargeld („Kasse“) umgewandelt werden kann. Dies kann bei bestimmten Anlageklassen wie Immobilien oder bei Wertpapieren mit geringem Handelsvolumen durchaus der Fall sein.

Mithilfe einer rollierenden Liquiditätsplanung, in der sämtliche Zahlungsströme aus den versicherungstechnischen Verpflichtungen, den Kapitalanlagen und den sonstigen Verpflichtungen berücksichtigt werden, trägt die Kasse dafür Sorge, dass sich keine Liquiditätsrisiken materialisieren. Die Kasse hält dazu grundsätzlich einen Mindestgeldbestand auf ihren Konten, durch den die durchschnittlichen Zahlungsverpflichtungen von zwei Monaten abgedeckt werden.

Im Geschäftsjahr 2025 kam es zu keinen Störungen bei der fristgerechten Erfüllung von Zahlungsverpflichtungen.

Versicherungstechnische Risiken

Die versicherungstechnischen Risiken umfassen die mit dem Leistungsversprechen verbundenen biometrischen Risiken Langlebigkeit und Invalidität. Das Risiko besteht darin, dass sich die versicherungstechnischen Verpflichtungen aufgrund nicht mehr angemessener Bewertungsannahmen schlechter als angenommen entwickeln. Das Risiko wird mithilfe versicherungsmathematischer Langzeitanalysen und statistischer Auswertungen der Versicherungsmathematischen Funktion überwacht und gesteuert.

Der Verantwortliche Aktuar und die Versicherungsmathematische Funktion überprüfen die im technischen Geschäftsplan verwendeten biometrischen Rechnungsgrundlagen jährlich auf Angemessenheit. Insbesondere die Sterbewahrscheinlichkeiten und die Verwaltungskostensätze werden, falls notwendig, angepasst. Für das Geschäftsjahr 2025 wurde die Angemessenheit der biometrischen Rechnungsgrundlagen bestätigt. Ungeachtet dessen kann in Zukunft eine Verstärkung der Rechnungsgrundlagen bei einer erwarteten Zunahme der Langlebigkeit erforderlich werden. Die Kasse plant daher in den kommenden Jahren eine vorausschauende Risikovorsorge für die biometrischen Risiken, hierzu wird sie der pauschalen Deckungsrückstellung schrittweise Mittel zuführen. Nach der historischen Zinswende wurden die mittel- und langfristigen Neuanlagen wieder ertragsreicher. Dies verbesserte auch die wirtschaftliche Lage der Kasse. Im Rahmen der Unternehmensplanung sind perspektivisch weitere Rechnungszinsabsenkungen aus eigenen Mitteln vorgesehen.

Operationelle Risiken

Das operationelle Risiko bezeichnet die Gefahr von Verlusten, die durch die Unangemessenheit oder das Versagen von internen bzw. auf Dritte übertragenen Verfahren, Personen, Systemen oder durch externe Ereignisse verursacht werden. Zu den operationellen Risiken zählen somit auch Rechts- und IT-Risiken sowie solche aus Ausgliederungen.

Den mit dem Geschäftsbetrieb einhergehenden Prozessrisiken wird durch ein in die Geschäftsprozesse integriertes Internes Kontroll- und Steuerungssystem (IKS) begegnet. Zu den implementierten risikoreduzierenden Steuerungsmaßnahmen zählen u.a. das Vier-Augen-Prinzip, ergänzende Stichprobenverfahren, obligatorische Dokumentationsanforderungen und Kompetenzregelungen. Ein übergeordnetes Governance-System, welches sich aus der Geschäfts- und Risikostrategie ableitet, bildet gleichermaßen die Grundlage für weitergehende Richtlinien und Arbeitsanweisungen. Die Interne Revision überwacht die Wirksamkeit und Funktionsfähigkeit des IKS im Rahmen ihres Prüfungsauftrags.

Die Kasse konzentriert sich auf ihre Kernaufgaben der Kapitalanlage bzw. deren Überwachung, der Bewirtschaftung des Immobilien-Direktbestands sowie der Administration der Versorgungsansprüche und Auszahlung der Versorgungsleistungen. Hinsichtlich anderer Aufgaben verfolgt die Kasse eine Ausgliederungsstrategie. Dies betrifft vor allem die Bereiche Verantwortlicher Aktuar, Interne

Revision sowie sämtliche IT-Dienstleistungen (Infrastruktur und Software). Alle wichtigen Ausgliederungen und auch die sonstigen Dienstleistungen sind in das interne Steuerungs- und Kontrollsystem integriert.

Die Aufbau- und Ablauforganisation der Pensionskasse beruht im Versicherungsbetrieb und bei der Verwaltung der Kapitalanlagen grundsätzlich auf einer strikten Funktionstrennung.

Zur Vorbeugung einer Inanspruchnahme der Kasse im Falle möglicher größerer Haftungsschäden sind entsprechende Versicherungsverträge abgeschlossen worden.

Um auch im Krisenfall (z. B. Ausfall bzw. Störung des Rechenzentrums, Ausfall von Personal aufgrund einer Pandemie) möglichst einen unterbrechungsfreien Geschäftsbetrieb aufrechterhalten zu können, liegen für alle wichtigen Teilbereiche Notfallkonzepte vor. Der Geschäftsbetrieb kann auch ortsunabhängig durch die Ausstattung sämtlicher Arbeitsplätze mit Notebooks inklusive sicherer Verbindungstechnik sowie durch Nutzung von Videokonferenzsoftware aufrechterhalten werden.

Rechtsrisiken

Zum Rechtsrisiko im engeren Sinn werden das Vertrags-, Aktualitäts-, Schlüssigkeits- und Inanspruchnahme-Risiko gerechnet, im weiteren Sinne ergänzend auch das Vollständigkeits-, Begleitungs-, Kenntnis-, Änderungs- und Umsetzungsrisiko. Es erfasst somit u. a. Konstellationen, die aus der Unkenntnis der aktuellen Rechtslage sowie den sich daraus ergebenden Umsetzungsanforderungen an Menschen, Prozesse und Systeme entstehen könnten, solche einer fehlerhaften oder ungenauen Vertragsgestaltung, der Nichtdurchsetzbarkeit von Ansprüchen aufgrund mangelnder Beweisbarkeit, der Verjährung oder Fristversäumnis, der fehlerhaften Rechtsberatung und nachteiliger Änderungen der Gesetzeslage oder Rechtsprechung (Rechtsänderungsrisiken).

Rechtssensible interne Prozesse und Entscheidungen werden regelmäßig vom Bereich Recht und Compliance begleitet, dessen personelle Ressourcen im Geschäftsjahr 2025 verstärkt wurden. Um frühzeitig auf Änderungen reagieren zu können, werden die Entwicklungen der Gesetzgebung und Rechtsprechung zudem kontinuierlich und systematisch beobachtet.

Personelle Risiken

Personelle Risiken betreffen die Mitarbeiterbeschaffung, den Mitarbeiterereinsatz und den Abgang von Mitarbeitern, sofern der Unternehmenserfolg hierdurch beeinträchtigt werden kann. Sie unterteilen sich in quantitative (z. B. Fachkräftemangel, Kapazitätsengpässe durch ungeplante Ausfälle) und qualitative Risiken (z. B. Qualifikation). Um dem Risiko von Kopfmonopolen und dem drohenden Verlust von Know-How durch ruhestandsbedingte Abgänge zu begegnen, hat die Kasse die Bereiche Immobilien, Recht und Compliance sowie Kapitalanlagen im Jahr 2025 personell verstärkt. Für die Zukunft sind weitere Neueinstellungen geplant. Die Kasse ist dabei dazu übergegangen, Neuzugänge direkt anzustellen, während der überwiegende Teil der Belegschaft arbeitsvertraglich an ein Trägerunternehmen gebunden ist.

Risiken aus Ausgliederungen

Bei Ausgliederungen können Abhängigkeiten vom Dienstleister, Schlechtleistung, intransparente oder fragwürdige Kostenabrechnungen und ein hoher Kommunikations- und Koordinationsaufwand drohen.

An externe Dienstleister ausgegliederte Geschäftsprozesse, Tätigkeiten und Funktionen werden im Rahmen des Ausgliederungs-Controllings bewertet und überprüft. Ausgliederungsvereinbarungen werden den sich wandelnden aufsichtsrechtlichen Anforderungen angepasst, gegebenenfalls neu verhandelt bzw. ein Wechsel des Dienstleisters erwogen und vollzogen. Die Prozesse des Ausgliederungsmanagements, insbesondere der Dienstleistungssteuerung und -überwachung, sind ins laufende Tagesgeschäft integriert.

IKT-Risiken

Innerhalb des operationellen Risikos werden auch IKT-Risiken (IKT – Informations- und Kommunikationstechnik) erfasst. Hierunter versteht man die Möglichkeit, dass ein IKT-System oder ein IKT-Prozess versagt bzw. ausfällt oder gehackt wird, was zu finanziellen Verlusten, Datenschutzverletzungen oder Reputationsverlust führen kann.

Die Pensionskasse nutzt derzeit die IKT-Infrastruktur des deutschen Teils der Vattenfall-Gruppe und ist damit in die dort festgelegten, umfangreichen Sicherheitsvorgaben eingebunden. Zusätzlich hat die Pensionskasse ein eigenständiges Informationssicherheits-Management-System (ISMS) implementiert, dessen Einhaltung vom Informationssicherheitsbeauftragten (ISB) überwacht wird. Die Einhaltung aufsichtsrechtlicher Vorgaben durch die Dienstleister wird durch das zentrale Ausgliederungsmanagement flankierend überwacht.

Mit Hinblick auf die Anforderungen des Digital Operational Resilience Act (DORA) wurden im Jahr 2025 umfangreiche Vorkehrungen mit dem Ziel getroffen, eine hohe operative digitale Resilienz der Kasse sicherzustellen und den regulatorischen Dokumentationsanforderungen fristgerecht nachzukommen.

Strategische Risiken

Strategische Risiken umfassen alle Risiken, die sich aus den strategischen Entscheidungen des Managements ergeben und langfristige Auswirkungen auf die Kasse haben können. Im Gegensatz zu operativen Risiken sind strategische Risiken durch einen hohen Grad an Komplexität gekennzeichnet und schwer quantifizierbar.

Strategische Entscheidungen haben einen langfristigen Charakter und sollen die grundlegende Ausrichtung der Unternehmensentwicklung unabhängig von kurzfristigen situativen Schwankungen bestimmen. Sie umfassen sowohl die externe als auch die interne Ausrichtung der Kasse sowie potenzielle Anpassungen zur Sicherung langfristiger Unternehmensziele.

Ursachen für strategische Risiken können Fehler in der Strategieentwicklung, -implementierung oder im strategischen Controlling sein. Eine unzureichende Unternehmens- und Umweltanalyse kann ebenfalls zu strategischen Risiken führen.

Durch die jährliche Überprüfung der Geschäfts- und Risikostrategie, der Rahmenbedingungen der Kasse, der langfristigen Unternehmensplanung, der Überwachung und Bewertung der finanziellen Lage sowie die Durchführung von Asset-Liability-Studien und eigenen Risikobeurteilungen soll das Auftreten strategischer Fehlentscheidungen und damit das Eintreten strategischer Risiken vermieden werden. Darüber hinaus liegt der Fokus insbesondere auf der Weiterentwicklung und Digitalisierung der Geschäftsprozesse in den kommenden Jahren

Zusammenfassende Beurteilung

Mithilfe des RMS können Risiken oder negative Entwicklungen frühzeitig identifiziert werden, die zu einer Bestandsgefährdung der Kasse führen können.

Die Kasse sieht sich gut positioniert. Die Zahlen zu den vergangenen Geschäftsjahren haben gezeigt, dass die Pensionskasse auch in einem schwierigen Marktumfeld gut aufgestellt war und die daraus resultierenden Herausforderungen gemeistert hat.

Die wirtschaftliche Lage der Kasse ist nach der Rechnungszinsabsenkung auf 3,05 % in 2024 weiterhin stabil. Die langfristigen Unternehmens- und BaFin-Prognoserechnungen zur wirtschaftlichen Entwicklung der Kasse zeigen, dass die Solvabilitätskapital-Anforderungen in jedem Jahr der Planungsperiode erfüllt werden. Die aktuellen politischen Rahmenbedingungen bieten Chancen für die Weiterentwicklung der betrieblichen Altersversorgung, die in der Folge für die Kasse ein Wachstum an Mitgliedern und Beiträgen bieten. Darüber hinaus bieten sich operative Chancen aus der fortschreitenden Digitalisierung und der Optimierung interner Abläufe, die Effizienz und Servicequalität nachhaltig unterstützen.

Vorbehalt für Zukunftsaussagen

Soweit in diesem Geschäftsbericht Prognosen oder Erwartungen geäußert oder die Zukunft betreffende Aussagen gemacht werden, können diese Aussagen mit bekannten oder unbekanntem Risiken und Ungewissheiten verbunden sein. Die tatsächlichen Ergebnisse und Entwicklungen können daher von den geäußerten Erwartungen und Annahmen abweichen. Neben weiteren hier nicht aufgeführten Gründen können sich Abweichungen aus Veränderungen der allgemeinen wirtschaftlichen Lage und der Marktsituation ergeben. Auch die Entwicklung der Finanzmärkte und die nationale und europäische Gesetzgebung sowie Veränderungen von aufsichtsrechtlichen Standards können einen entsprechenden Einfluss haben. Die Pensionskasse übernimmt keine Verpflichtung, Zukunftsaussagen zu aktualisieren.

AUSBLICK (PROGNOSEBERICHT)

32

AUSBLICK (PROGNOSEBERICHT)

Die angespannten geopolitischen Rahmenbedingungen und die weltweite Neuausrichtung von Handels- und Produktionsstrukturen werden auch das Jahr 2026 prägen. Unternehmen müssen ihre Wertschöpfungsketten weiter anpassen, da der anhaltende Systemwettbewerb zwischen den USA und China sowie protektionistische Maßnahmen die Planbarkeit erschweren. Mit dem Ausbruch des Irankriegs Ende Februar 2026 ist zudem ein weiterer geopolitischer Unsicherheitsfaktor hinzugekommen, dessen mögliche Auswirkungen auf die globale Energie- und Rohstoffversorgung erheblich sein können¹. Trotz dieser Risiken wird die Weltwirtschaft weiterhin eine große Anpassungsfähigkeit zeigen, auch wenn sich aus den strukturellen Verschiebungen zunehmend klare Gewinner und Verlierer abzeichnen. Während Staaten und Unternehmen mit global diversifizierten Wertschöpfungsketten profitieren können, sind Akteure mit hoher Abhängigkeit von energieintensiver Produktion und Freihandel benachteiligt.

Gleichzeitig wirken die dynamischen Entwicklungen im Zusammenhang mit Künstlicher Intelligenz (KI) als bedeutender Gegengewichtsfaktor zu den geopolitisch bedingten Investitionshemmnissen. Forschung, Entwicklung und erste großflächige Anwendungen führen bereits heute zu deutlich ansteigenden Investitionen, die sich zunehmend auch in gesamtwirtschaftlichen Strukturen niederschlagen. Allerdings entsteht daraus ein nicht zu unterschätzendes Risiko: Sollten sich die aktuellen Erwartungen an Produktivitäts- und Nachfrageeffekte nicht erfüllen, könnte dies die Konjunktur belasten. Dennoch besitzen digitale Schlüsseltechnologien – allen voran KI – das Potenzial, Produktionsprozesse und Geschäftsmodelle in vielen Branchen tiefgreifend zu verändern und langfristig Wachstumsimpulse zu setzen.

Die bis zuletzt erwartete Phase stabiler und weitgehend rückläufiger Inflation steht unter neuen Vorzeichen, da der ausgebrochene Iran-Krieg für eine steigende Entwicklung der Energie- und Rohstoffpreise sowie eine erhöhte Volatilität sorgt. Auch wenn die Teuerung in der Eurozone zuletzt im Zielkorridor der EZB lag und sinkende Waren- sowie moderatere Lohnzuwächse für Entlastung sorgten, ist der Ausblick weniger eindeutig als noch Ende 2025. Unter normalen Bedingungen wären stabile Inflationsraten nahe 2 % und konstante Leitzinsen wahrscheinlich gewesen; nun ist eine größere Bandbreite geldpolitischer Reaktionsmöglichkeiten denkbar. Die Kreditvergabe, ganz allgemein die Finanzierungsbedingungen sowie die Stabilität des Bankensektors zeigen weiterhin ein solides Bild, doch höhere staatliche Finanzierungsbedarfe und eine volatilere Preisentwicklung könnten die geldpolitische Flexibilität mittelfristig begrenzen.

Für die Aktienmärkte besteht nach den positiven Wertentwicklungen der Vorjahre kurzfristiges Rückschlagspotenzial. Dies begründet sich zum einen durch die Vielzahl der aktuell vorhandenen geopolitischen Krisen. Laufende Kriege in der Ukraine und dem Iran sowie wiederholte protektionistische Androhungen und Maßnahmen der USA erhöhen die Unsicherheiten bei Unternehmensgewinnen. Die sich fortsetzenden Entwicklungen bei der KI können einzelne Unternehmen oder ganze Geschäftsmodelle gefährden. Gleichzeitig gehen von den hochkapitalisierten und hoch bewerteten Aktien mit KI-Bezug Risiken für den Gesamtmarkt aus, falls Erwartungen infolge enormer Investitionen enttäuscht werden sollten. Mittel- und lang-

¹ <https://www.ifo.de/fakten/2026-04-01/gemeinschaftsdiagnose-fruehjahr-2026-energiepreisschock-ueberlagert-fiskalimpuls>

fristig ist jedoch aufgrund des Innovationsschubs weiterhin mit positiven Renditen der Anlageklasse Aktien zu rechnen und das bietet der Kasse die Chance Renditen oberhalb des Rechnungszinses zu erzielen.

Für die Renten- und Kreditmärkte zeichnet sich ein anspruchsvolleres Umfeld ab. Steigende Preisrisiken könnten das Ende der bislang stabilen oder fallenden Notenbanksätze einläuten und zu höheren Renditen über alle Laufzeiten führen. Gleichzeitig erhöht die Kombination aus geopolitischen Unsicherheiten und konjunktureller Abschwächung die Wahrscheinlichkeit steigender Ausfallraten – besonders im Segment privater Kreditmärkte. In einzelnen Branchen dürfte dieser Trend durch die disruptive Wirkung neuer KI-Technologien zusätzlich verstärkt werden, da sich Geschäftsmodelle schneller verändern und Anpassungsdruck entsteht. Bei Staatsanleihen rückt zudem die langfristig zunehmende Staatsverschuldung stärker in den Fokus der Marktteilnehmer und könnte die Risikoprämien künftig beeinflussen.

Die Erwartungen für die Entwicklung der Immobilienmärkte für 2026 sind maßgeblich davon abhängig, wie sich die Inflation und Zinsen angesichts der globalen veränderten Unsicherheiten und Krisen entwickeln. Die im 1. Quartal 2026 zu beobachtenden Auswirkungen des Krieges zwischen USA und Iran machen aufgrund erheblich steigender Ölpreise eine wachsende Inflation und infolgedessen Zinserhöhungen wahrscheinlich. Zudem zeigen sich kaum Korrekturen in den regulatorischen Rahmenbedingungen des Immobilienmarktes. Daher ist insgesamt mit einer weiterhin verhaltenen Entwicklung des Immobilienmarktes zu rechnen, bei der sich die Differenzierung zwischen den Marktsegmenten fortsetzen wird.

Als gegenläufiger Trend kann damit gerechnet werden, dass angesichts der unsicheren Bedingungen auf den Kapitalmärkten im Rahmen von Umschichtungen von Investmentportfolien Immobilien wieder intensiver nachgefragt werden.

Die geplante Einführung eines modernen Tarifs eröffnet der Kasse die Möglichkeit, neue Einnahmen aus dem Versicherungsgeschäft zu generieren und zu wachsen. Damit bestehen für die Kasse Zukunftsaussichten, die über die Laufzeit des seit 2007 geschlossenen Tarifs der Pflichtversorgung hinaus gehen.

Fokus 2026

Satzungsmodernisierung und Vorbereitung eines neuen Tarifs

Die Kasse wird voraussichtlich im Jahr 2026 unter Einbindung ihrer maßgeblichen Trägerunternehmen eine Satzungsmodernisierung durchführen. In dieser soll die Satzung an die aktuellen Gegebenheiten angepasst und zeitgemäß gestaltet werden. Die Allgemeinen Versicherungsbedingungen (AVB) werden dazu außerhalb der Satzung niedergelegt. Mit der Satzungsmodernisierung einhergehend bereitet die Kasse einen neuen modernen Tarif zur Nutzung durch ihre Trägerunternehmen vor.

Anpassung der Fondsverwaltungsstruktur

Im Jahr 2025 wurde die strategische Neuausrichtung der Fondsstruktur initiiert. Ziel

ist es, die Steuerung der Kapitalanlagen und das Reporting effizienter zu gestalten und gleichzeitig sowohl die Komplexität als auch den administrativen Aufwand zu reduzieren. Die neue Struktur sieht vor, alle Kapitalanlagen mit Ausnahme der Renten-Direktanlagen und des Immobilien-Direktbestands in einer Dachfondsstruktur zu bündeln und künftig durch eine einzige KVG verwalten zu lassen. Im Jahr 2026 werden die dafür erforderlichen Fondsstrukturen aufgesetzt und die Kapitaleinlagen eingebracht.

IKT-Dienstleister

Die Kasse wird im Jahr 2026 insbesondere im Hinblick auf die erforderliche DORA-Konformität das Projekt zur Herauslösung ihrer IKT-Infrastruktur aus der IKT-Architektur der Vattenfall Europe Information Services GmbH (VEIS) und die Migration auf einen DORA-konformen Dienstleister abschließen.

Ergebnisausblick 2026

Die Beitragseinnahmen werden auch im Geschäftsjahr 2026 leicht rückläufig sein, da Versicherte altersbedingt von der Gruppe der Beitragszahler in die Gruppe der Leistungsempfänger übergehen werden. Bei den freiwilligen Tarifen wird ein Beitragsniveau wie im Vorjahr erwartet. Gleichzeitig werden die Versorgungsleistungen deutlich über der Marke von 72 Mio. EUR liegen. Auch für das Jahr 2026 werden Erträge von über 10 Mio. EUR aus der Auflösung der Deckungsrückstellung für die Pflichtversorgung prognostiziert.

Aufgrund der Unsicherheiten im Immobilienmarkt, insbesondere bei Gewerbeimmobilien können die ordentlichen Erträge sowie die Bewertungen bei den Immobilienfonds deutlich geringer ausfallen. Auch die Erträge aus den liquiden Wertanlagen sind vor dem Hintergrund der instabilen politischen Weltlage im Vergleich zur Planung mit Unsicherheiten behaftet.

Im Immobilien-Direktbestand wird mit der Umsetzung erster Maßnahmen hinsichtlich der neu ausgerichteten Investitionstätigkeit nach Nachhaltigkeits-Aspekten begonnen. Hinsichtlich der Mieterträge ist weiterhin mit einem leichten Anstieg aufgrund der Marktentwicklung zu rechnen.

Für das Geschäftsjahr 2026 wird eine Nettoverzinsung oberhalb des Rechnungszinses von 3,05 % erwartet. Der Fehlbetrag aus dem laufenden Ergebnis des Versicherungsgeschäfts wird aufgrund des Überhangs von Versorgungsempfängern zu Anwärtern weiter ansteigen. Die Solvabilitätskapitalanforderungen werden auch in 2026 eingehalten.

Aussagen zur erwarteten Geschäftsentwicklung werden auf Basis von Planungen, Prognosen sowie vorsichtigen Abwägungen aller bekannten Chancen und Risiken gemacht. Die tatsächlichen Ergebnisse können sich im Laufe des Geschäftsjahres verändern und von den getroffenen Erwartungen und Annahmen abweichen. Dies gilt insbesondere mit Blick auf die allgemeinen politischen, wirtschaftlichen und regulatorischen Rahmenbedingungen. Vor dem Hintergrund des Iran-Krieges und

anderer geopolitischer Risiken ist die weitere wirtschaftliche Entwicklung von hoher Unsicherheit geprägt. Der Vorstand erwartet für das Geschäftsjahr 2026 vorbehaltlich unerwarteter Entwicklungen ein ausgeglichenes bis leicht positives Jahresergebnis.

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Nach dem Bilanzstichtag erreichte die Pensionskasse am 27.02.2026 ein Schreiben der Verwaltung des Fonds GEG Public Infrastructure I, in dem über die Rückgabe Anteile eines Anlegers – in diesem Fall der Anteilklasse A – informiert wurde.

Die Pensionskasse hat aufgrund dieses Vorgangs ebenfalls die Rückgabe der von ihr gehaltenen Anteile erklärt. Die Rückgabe wird nach Ablauf der vertraglich vorgesehenen Kündigungsfrist von fünf Monaten zum Monatsende wirksam.

Aus der Rückgabe der Fondsanteile sind im Geschäftsjahr 2026 finanzielle Auswirkungen auf das Jahresergebnis sowie die Bilanz der Pensionskasse zu erwarten. Eine abschließende Quantifizierung ist zum Zeitpunkt der Berichtserstellung noch nicht möglich.

Am 28.02.2026 starteten die USA zusammen mit Israel eine groß angelegte Offensive gegen den Iran. In dessen Folge blockiert der Iran die Straße von Hormus – eine der wichtigsten Passagen für den Transport wichtiger Rohstoffe wie Erdöl, Erdgas und Ammoniak. Diese Blockade hat zu deutlichen Anstiegen der Rohstoffpreise geführt und wird in den nächsten Monaten die Entwicklung der Weltwirtschaft und damit der Finanzmärkte beeinflussen. Wenngleich sich konkrete Zahlen noch nicht bestimmen lassen, ist davon auszugehen, dass dieser Konflikt Auswirkungen auf das Jahresergebnis 2026 der Pensionskasse haben wird.

SONSTIGE ANGABEN

Der Lagebericht und der Jahresabschluss werden im Unternehmensregister sowie im Internet unter www.pensionskasse-der-bewag.de veröffentlicht.

Die Kasse ist Mitglied im Verband der Firmenpensionskassen e. V. (VFPK) sowie der Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersversorgung e. V. (aba).

Berlin, den 27. Mai 2026

Der Vorstand

36

Olav Rieck

Thorsten Buschhardt

Patrick Huber

ANLAGE ZUM LAGEBERICHT

Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen (ohne sonstige Versicherungen) im Geschäftsjahr 2025

	Anwärter		Invaliden- und Altersrentner		Summe der Jahres- renten ²⁾ EUR
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	2.470	1.052	3.422	1.166	59.850.632
II. Zugang während des Geschäftsjahres					
1. Neuzugang an Anwärtern, Zugang an Rentnern	25	7	174	67	4.014.719
2. sonstiger Zugang ¹⁾	-	1	-	-	4.783
3. gesamter Zugang	25	8	174	67	4.019.502
III. Abgang während des Geschäftsjahres					
1. Tod	12	1	168	30	2.423.680
2. Beginn der Altersrente	169	64			
3. Berufs- oder Erwerbs- unfähigkeit (Invalidität)	5	2			
4. Reaktivierung, Wiederheirat, Ablauf			-	-	
5. Ausscheiden unter Zah- lung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	-	-	-	-	
6. Ausscheiden ohne Zah- lung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	-	-	-	-	
7. sonstiger Abgang	2	-	-	-	4.460
8. gesamter Abgang	188	67	168	30	2.428.140
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres, davon	2.307	993	3.428	1.203	61.441.994
1. beitragsfreie Anwartschaften	565	465			
2. in Rückdeckung gegeben					

¹⁾ Z. B. Reaktivierung, Wiederinkraftsetzung sowie Erhöhung der Rente.

²⁾ Einzusetzen ist hier der Betrag, der sich als zukünftige Dauerverpflichtung (entsprechend der Deckungsrückstellung) ergibt.

Hinterbliebenenrente						
			Summe der Jahresrenten ²⁾			
Witwen	Witwer	Waisen	Witwen	Witwer	Waisen	
Anzahl	Anzahl	Anzahl	EUR	EUR	EUR	
1.399	75	32	10.335.296	385.523	51.878	
88	5	5	751.517	38.039	9.091	
-	-	-	-	-	-	
88	5	5	751.517	38.039	9.091	
89	5	-	605.540	31.681	5.191	
-	-	3	-	-	-	
-	-	-	-	-	-	
-	-	-	-	-	-	
-	-	-	-	-	-	
89	5	3	605.540	31.681	5.191	
1.398	75	34	10.481.273	391.881	55.778	

Bilanz zum 31. Dezember 2025

Aktiva

40

ANLAGE ZUM LAGEBERICHT
BILANZ

	31. Dezember 2025			31. Dezember 2024	
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
A. Immaterielle Vermögensgegenstände					
I. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten				0,00	0,00
B. Kapitalanlagen					
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken			267.030.709,26		273.486.519,33
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen			155.092.048,57		157.023.823,44
III. Sonstige Kapitalanlagen					
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			1.171.488.762,98		1.155.516.368,65
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere			48.991.093,50		52.453.593,50
3. Sonstige Ausleihungen					
a) Namensschuldverschreibungen	22.985.000,00				35.984.400,00
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	5.000.000,00				10.000.000,00
			27.985.000,00		
4. Einlagen bei Kreditinstituten		0,00			0,00
			1.248.464.856,48		
			1.670.587.614,31		1.684.464.704,92
C. Forderungen					
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:					
1. Versicherungsnehmer					
a) fällige Ansprüche		33.927,75			78.999,11
2. Mitglieds- und Trägerunternehmen		39.228,02			39.228,02
			73.155,77		
II. Sonstige Forderungen			4.838.205,89		24.306.011,40
			4.911.361,66		24.424.238,53
D. Sonstige Vermögensgegenstände					
I. Sachanlagen und Vorräte			0,00		0,00
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand			27.260.366,98		17.162.000,33
III. Andere Vermögensgegenstände			9.974.781,09		9.736.651,75
			37.235.148,07		26.898.652,08
E. Rechnungsabgrenzungsposten					
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten			1.091.280,15		1.691.595,90
			1.091.280,15		1.691.595,90
			1.713.825.404,19		1.737.479.191,43

Ich bestätige hiermit entsprechend § 128 Abs. 5 VAG, dass die im Vermögensverzeichnis aufgeführten Vermögensanlagen den gesetzlichen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen gemäß angelegt und vorschriftsmäßig sichergestellt sind.

Berlin, den 22. Mai 2026

Michael Waage
Treuhand

Passiva

	31. Dezember 2025		31. Dezember 2024
	EUR	EUR	EUR
A. Eigenkapital			
I. Weiterer Gründungsstock	64.956.635,53		64.956.635,53
a) Gründungsstock	68.456.635,53		68.456.635,53
b) abzgl. nicht eingeforderter Gründungsstock	-3.500.000,00		-3.500.000,00
II. Gewinnrücklagen			
Verlustrücklage gemäß § 193 VAG	7.766.007,16		5.312.277,28
III. Bilanzverlust/-gewinn	0,00		0,00
		<u>72.722.642,69</u>	<u>70.268.912,81</u>
B. Versicherungstechnische Rückstellungen			
I. Deckungsrückstellung	1.627.957.606,00		1.636.971.790,00
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	406.953,10		291.104,68
III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung	56.997,15		45.660,47
		<u>1.628.421.556,25</u>	<u>1.637.308.555,15</u>
C. Andere Rückstellungen			
I. Sonstige Rückstellungen	1.172.812,48	<u>1.172.812,48</u>	<u>1.742.412,40</u>
D. Andere Verbindlichkeiten			
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber			
1. Versicherungsnehmern	439,24		37.152,58
2. Mitglieds- und Trägerunternehmen	0,00		0,00
II. Sonstige Verbindlichkeiten	11.507.953,53		28.122.158,49
		<u>11.508.392,77</u>	<u>28.159.311,07</u>
		<u>1.713.825.404,19</u>	<u>1.737.479.191,43</u>

41

ANLAGE ZUM LAGEBERICHT
BILANZ

Es wird bestätigt, dass die Deckungsrückstellung nach dem zuletzt am 5. Februar 2026 genehmigten Technischen Geschäftsplan berechnet worden ist.

München, den 21. Mai 2026

Henning Tewes
Verantwortlicher Aktuar

Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Januar bis 31. Dezember 2025

42

ANLAGE ZUM LAGEBERICHT
GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

I. Versicherungstechnische Rechnung

1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung
2. Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung
3. Erträge aus Kapitalanlagen
 - a) Erträge aus Beteiligungen
 - b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen
 - aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken
 - bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen
 - c) Erträge aus Zuschreibungen
 - d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen
4. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung
 - a) Zahlungen für Versicherungsfälle
 - b) Veränderungen der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle
5. Veränderungen der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen
 - a) Deckungsrückstellung
 - b) Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung
6. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung
 - a) Verwaltungsaufwendungen
7. Aufwendungen für Kapitalanlagen
 - a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen
 - b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen
 - c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen
8. Versicherungstechnisches Ergebnis

II. Nichtversicherungstechnische Rechnung

1. Sonstige Erträge
2. Sonstige Aufwendungen
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit
4. Sonstige Steuern
5. Jahresüberschuss / -fehlbetrag
6. Veränderung der Gewinnrücklagen
 - a) in die Verlustrücklage gemäß § 193 VAG
7. Bilanzgewinn

2025			2024		
EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		16.047.043,59			16.506.742,15
		3.663,32			1.681,61
	3.969.950,54			3.670.596,71	
18.963.127,80			18.446.886,69		
<u>48.375.954,38</u>	67.339.082,18		<u>45.044.742,89</u>	63.491.629,58	
	226,73			7.342,12	
	<u>151.839,25</u>	71.461.098,70		<u>10.596.876,27</u>	77.766.444,68
	72.061.030,45			70.308.334,71	
	<u>127.527,13</u>	72.188.557,58		<u>-3.416,54</u>	70.304.918,17
	-9.014.184,00			-3.102.476,00	-3.102.476,00
	15.000,00			10.000,00	10.000,00
		-8.999.184,00			
	23.536,27	23.536,27			57.767,14
	10.921.258,19			10.660.391,01	
	11.229.693,24			14.199.226,69	
	<u>63.341,81</u>	22.214.293,24		<u>424,22</u>	24.860.041,92
		2.084.602,52			2.144.617,21
	4.293.072,86			5.427.157,93	
	<u>3.645.856,21</u>	647.216,65		<u>3.851.317,25</u>	1.575.840,68
		2.731.819,17			3.720.457,89
		278.089,29			382.280,61
		2.453.729,88			3.338.177,28
		<u>2.453.729,88</u>			<u>3.338.177,28</u>
		0,00			0,00

43

ANLAGE ZUM LAGEBERICHT
GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

ANHANG

Pensionskasse der Bewag
(VVG)
BaFin Reg.-Nr. 2119
Flottwellstr. 4–5
10785 Berlin

4

ANHANG KAPITALANLAGEN

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Der Jahresabschluss ist nach den Vorschriften der §§ 242 bis 256a, 264 bis 288 und 341 ff. HGB, den besonderen Vorschriften des VAG, der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) und der Satzung der Pensionskasse der Bewag VVG erstellt. Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung sind nach den Formblattvorschriften für Versicherungsunternehmen gegliedert.

Die Bilanzierung und Bewertung der Vermögens-, Schuld- und Rechnungsabgrenzungsposten erfolgte unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften sowie der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung.

Die Kasse erstellt keinen Konzernabschluss, da die Tochtergesellschaft PKDB-Immobilien GmbH & Co. KG entsprechend § 296 Abs. 2 HGB für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Pensionskasse von untergeordneter Bedeutung ist. Alleiniger Geschäftszweck der Gesellschaft ist das Halten und Verwalten von Immobilien.

Gegenüber dem Vorjahr ergaben sich keine Bilanzierungs- und Bewertungsänderungen.

Kapitalanlagen

Immaterielle Vermögensgegenstände

Immaterielle Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungskosten, vermindert um die planmäßigen Abschreibungen, bilanziert. Die Nutzungsdauer beträgt 1 bis 5 Jahre.

Grundstücke und Gebäude

Immobilien werden zu Anschaffungskosten, vermindert um die planmäßigen Abschreibungen, bilanziert. Anlagen im Bau werden zu Herstellungskosten bewertet.

Gebäude werden grundsätzlich linear mit 2 % abgeschrieben. Das teilweise eigen genutzte Geschäftsgebäude wird linear mit 3 % abgeschrieben.

Die Zeitwerte der Immobilien entsprechen den von zertifizierten Sachverständigen nach der Ertragswertmethode ermittelten Verkehrswerten. Die Wertermittlung erfolgt entsprechend § 55 Abs. 3 RechVersV unter Berücksichtigung der Richtlinien für die Bewertung des Verkehrswerts von Grundstücken (WertR 2006).

Anlagen im Bau werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um außerplanmäßige Abschreibungen, bewertet.

Anteile an verbundenen Unternehmen

Die Bewertung – der PKDB-Immobilien- Verwaltungsgesellschaft mbH und der PKDB-Immobilien GmbH & Co. KG – erfolgt zu Anschaffungskosten und wurden gemäß § 341b Abs. 1 HGB nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB werden Abschreibungen außerplanmäßig bei einer voraussichtlich dauernden Wertminderung auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen (gemildertes Niederstwertprinzip).

Sonstige Kapitalanlagen

Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sind dazu bestimmt, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, und werden wie Anlagevermögen bewertet. Gegebenenfalls wird das Wahlrecht nach § 341b Abs. 2 HGB in Verbindung mit § 253 Abs. 1 Satz 1, Abs. 3 Satz 5 HGB in Anspruch genommen, sodass Bewertungen zum Ende des Geschäftsjahres zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Berücksichtigung des gemilderten Niederstwertprinzips erfolgen.

Dauerhafte Wertminderungen werden erfolgswirksam abgeschrieben. Zur Feststellung des Vorliegens einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung insbesondere öffentlich gehandelter Anteile oder Aktien an Investmentvermögen wird das vom Versicherungsfachausschuss des IDW empfohlene 20%-Aufgreifkriterium verwendet. Demzufolge kann eine dauerhafte Wertminderung immer dann vorliegen, wenn der Zeitwert eines Wertpapiers in den dem Bilanzstichtag vorangehenden sechs Monaten permanent um mehr als 20 % unter dem Buchwert liegt, sowie für den Fall, dass der Durchschnittswert der täglichen Börsenkurse in den letzten zwölf Monaten um mehr als 10 % unter dem Buchwert liegt. Für Investmentanteile richtet sich die Beurteilung der voraussichtlichen Dauerhaftigkeit einer Wertminderung weiterhin nach den im Fonds gehaltenen Vermögensgegenständen (Durchschau). Zur Beurteilung des Vorliegens einer dauerhaften Wertminderung in Bezug auf Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, die wie Anlagevermögen bilanziert werden, werden Bonitätsprüfungen der Emittenten sowie die Entwicklungen der Ratings hinzugezogen.

Namenschuldverschreibungen werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Notwendige Abschreibungen werden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip vorgenommen (§ 341b Abs. 2 2. Halbsatz HGB in Verbindung mit § 253 Abs. 1 Satz 1, Abs. 3 Satz 5 HGB).

Schuldscheinforderungen und Darlehen werden gemäß § 341c Abs. 3 HGB mit ihren Anschaffungskosten zuzüglich bzw. abzüglich der kumulierten Amortisation der Differenz zwischen Anschaffungskosten und dem Rückzahlungsbetrag unter Anwendung der Effektivzinsmethode bilanziert. Notwendige Abschreibungen werden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip vorgenommen (§ 341b Abs. 2 2. Halbsatz HGB in Verbindung mit § 253 Abs. 1 Satz 1, Abs. 3 Satz 5 HGB).

Forderungen

Forderungen, unter Berücksichtigung von pauschalen Wertberichtigungen für Forderungen gegen Mieter, werden zu Nominalwerten angesetzt.

Sonstige Vermögensgegenstände

Die Bewertung der Sachanlagen und Vorräte erfolgt zu Anschaffungskosten, vermindert um die planmäßigen Abschreibungen entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer (1 bis 5 Jahre).

Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand und andere Vermögensgegenstände zu Nominalwerten angesetzt.

Rechnungsabgrenzungsposten

Die Rechnungsabgrenzungsposten sind zum Nennwert bilanziert.

Eigenkapital

Der weitere Gründungsstock beträgt 65,0 Mio. EUR und wird zum Nominalwert ausgewiesen.

Zur Deckung von Fehlbeträgen ist eine Verlustrücklage zu bilden. Die Verlustrücklage wird satzungsgemäß gebildet.

Die Verlustrücklage ist gemäß Satzung wieder bis auf 5 v. H. der Deckungsrückstellung aufzufüllen.

Versicherungstechnische Rückstellungen

Die Berechnung wurde vom Verantwortlichen Aktuar auf Basis des im Technischen Geschäftsplan beschriebenen Verfahrens durchgeführt. Der Technische Geschäftsplan ist von der BaFin genehmigt.

Die Ermittlung der Deckungsrückstellung erfolgte durch den Verantwortlichen Aktuar gemäß § 341f Abs. 1 Satz 1 HGB und § 252 Abs. 1 Nr. 3 HGB für jeden Versicherungsvertrag einzeln und unter Beachtung des genauen Versicherungsbeginns nach der prospektiven Methode als Differenz des Barwerts der künftigen Rentenzahlungen und des Barwerts der künftigen Beitragszahlungen. Den Berechnungen liegt der Versichertenbestand am Bilanzstichtag zugrunde. Als Rechnungsgrund-

lage kamen die modifizierten „Richttafeln 1998“ von Heubeck zur Anwendung. Für die Pflichtversorgung erfolgte die Berechnung auf Basis des per 31. Dezember 2024 abgesenkten Rechnungszinssatzes von 3,05 %. Als Zinssatz für die freiwillige Versorgung wurden für den Basistarif 3,05 % und für den Kombitarif 2,25 % verwendet.

Die Tarifgeneration 2021 des Kombitarifs wird auf Basis von modifizierten Richttafeln „RT 2018 G Unisex“ von Heubeck und eines Rechnungszinsses von 0,0 % bewertet.

Die Deckungsrückstellung wurde vom Verantwortlichen Aktuar berechnet und bestätigt.

In der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle werden die für den Einzelfall jeweils ermittelten Verpflichtungen ausgewiesen.

In der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle werden alle am Bilanzstichtag bekannten Versicherungsfälle sowie Schadensregulierungskosten, die noch nicht abschließend bearbeitet sind, mit ihrem voraussichtlichen Wert angesetzt.

Der Ansatz der Rückstellungen für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung erfolgt zu dem Wert, der gemäß den Bestimmungen der Satzung, der Allgemeinen Versicherungsbedingungen und der Technischen Geschäftspläne sowie den Beschlüssen der Mitgliederversammlung festgelegt wurde.

Andere Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen werden nach dem Grundsatz vorsichtiger kaufmännischer Bewertung mit ihrem voraussichtlich notwendigen Erfüllungsbetrag angesetzt und, soweit die erwarteten Laufzeiten mehr als ein Jahr betragen, gemäß § 253 Abs. 2 Satz 1 HGB mit dem von der Bundesbank gemäß der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) veröffentlichten durchschnittlichen Zinssatz (Stichtagszins zum 31. Dezember 2025) der letzten sieben Jahre abgezinst.

Andere Verbindlichkeiten wurden mit den Erfüllungsbeträgen angesetzt.

Erläuterungen zur Bilanz¹⁾

Aktiva

Entwicklung des Anlagevermögens für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2025

48

ANHANG
ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

	Bilanzwerte 1. Januar 2025 TEUR	Zugänge TEUR	Abgänge TEUR
A Immaterielle Vermögensgegenstände	0		
B I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	273.487	94	
B II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	157.024	72	2.003
B III. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.155.516	29.227	8.574
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	52.454	4.170	7.633
3. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	35.984		12.999
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	10.000		5.000
4. Einlagen bei Kreditinstituten			
Summe B III.	1.253.954	33.397	34.206
Anlagevermögen Summen	1.684.465	33.562	36.209

¹⁾ Die im Anhang angegebenen Zahlen und Summen wurden jeweils kaufmännisch gerundet. Daher können Rundungsdifferenzen zu den sich mathematisch genau ergebenden Werten auftreten.

Zuschreibun- gen TEUR	Abschreibun- gen TEUR	Bilanzwerte 31. Dezember 2025 TEUR
		0
	6.549	267.031
		155.092
0	4.680	1.171.489
		48.991
		22.985
		5.000
0	4.680	1.248.465
0	11.230	1.670.588

Zeitwert der Kapitalanlagen

Kapitalanlagen – Bewertungsreserven zum 31. Dezember 2025

	Zeitwert TEUR	Buchwert TEUR	Bewertungs- reserven TEUR
B I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	353.986	267.031	86.955
B II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	178.395	155.092	23.303
B III. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.180.234	1.171.489	8.745
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	50.690	48.991	1.699
3. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	23.670	22.985	685
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	5.027	5.000	27
Kapitalanlagen insgesamt	1.792.001	1.670.588	121.414

Bei der Ermittlung der Verkehrswerte der Immobilien wird das Ertragswertverfahren entsprechend der Verordnung über die Grundsätze für die Ermittlung der Verkehrswerte von Grundstücken (Immobilienwertermittlungsverordnung – ImmoWertV) und der ergänzenden Wertermittlungsrichtlinien unter Berücksichtigung sämtlicher wertbeeinflussender Umstände im Jahr 2025 angewendet.

Hierbei wird jeweils der über die wirtschaftliche Restnutzungsdauer kapitalisierte Reinertrag der Immobilie ermittelt. In einem rollierenden Verfahren werden aktuelle Verkehrswerte durch externe Gutachter ermittelt (§ 55 Abs. 3 RechVersV). Für die sich noch im Bau befindlichen Objekte entsprechen die ausgewiesenen Zeitwerte den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten.

Die Zeitwertermittlung der Anteile an verbundenen Unternehmen erfolgt analog zur Ermittlung der Immobilien im Direktbestand.

Der Zeitwert für liquide, börsengehandelte Wertpapiere wurde mit dem Rücknahmepreis zum Bilanzstichtag ermittelt. Der Zeitwert für die nicht börsengehandelten Anteile an Investmentvermögen wurde zum Rücknahmepreis zum Bilanzstichtag errechnet.

Der Zeitwert der börsennotierten Inhaberschuldverschreibungen und der anderen festverzinslichen Wertpapiere wurde aus dem Börsenkurs am Abschlussstichtag ermittelt. Stille Lasten bestanden zum Bilanzstichtag nicht.

Die Zeitwertermittlung für Namensschuldverschreibungen sowie für Schuldscheinforderungen und Darlehen erfolgte auf Basis unterlegter Zinsstrukturkurven, unter Berücksichtigung der Restlaufzeit und der Bonität des Emittenten, mittels finanzmathematischer Bewertungsverfahren.

Zu A) Immaterielle Vermögensgegenstände

Bei den immateriellen Vermögensgegenständen handelt es sich um Lizenzen für zwei Bestandsdatenverwaltungssystem für die Versorgung und die Kapitalanlagen. Der Buchwert der immateriellen Vermögensgegenstände liegt bei 0 EUR.

Zu B) Kapitalanlagen

Zu B I) Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken

Die Kasse hält 21 Immobilien. Der Buchwert inklusive der Anlagen in Bau (AiB) beträgt insgesamt 267 Mio. EUR, davon 6,7 TEUR für AiB. Im Geschäftsjahr erfolgten planmäßige Abschreibungen in Höhe von 4,1 Mio. EUR. Außerdem erfolgte eine außerplanmäßige Abschreibung im Zuge einer gutachterlichen Bewertung eines Objektes in Höhe von 2,4 Mio. EUR. Der Buchwert der selbst genutzten Grundstücke und Bauten beträgt zum Bilanzstichtag 4,4 Mio. EUR.

Zu B II) Kapitalanlagen in verbundene Unternehmen und Beteiligungen

Die Pensionskasse ist alleinige Kommanditistin der PKDB-Immobilien GmbH & Co. KG und hat als Sacheinlage 12 Immobilien mit zum Einbringungszeitpunkt vorliegendem Zeitwert als Kommanditeinlage geleistet. Der Wert der eingebrachten Immobilien beträgt zum Bilanzstichtag 155,1 Mio. EUR.

Die PKDB-Immobilien Verwaltungsgesellschaft mbH ist Komplementär. Das gezeichnete Kapital in Höhe von 25 TEUR wird zum Bilanzstichtag in voller Höhe durch die Kasse gehalten.

Der Anteilsbesitz zum Bilanzstichtag 31.12.2025 stellt sich wie folgt dar:

Anteilsbesitz an anderen Unternehmen gemäß § 285 Nr. 11 HGB	Sitz	Kapital-anteil	Eigenkapital EUR	Ergebnis 2025 EUR
PKDB-Immobilien-Verwaltungsgesellschaft mbH	Berlin	100 %	25.0000,00	0,00
PKDB-Immobilien GmbH & Co. KG	Berlin	100 %	155.067.048,57	3.969.950,54

Zu B III 1) Anteile oder Aktien an Investmentvermögen

Der Posten Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere beinhaltet das nachfolgend aufgeführte EU- bzw. inländische Investmentvermögen, von dem die Pensionskasse jeweils über 10 % der Anteile hält. Es bestehen grundsätzlich keine Einschränkungen hinsichtlich der täglichen Rückgabe.

Zu dieser Position gehören insgesamt elf Investmentfonds und sechs Immobilien-Fonds mit einem Buchwert von insgesamt 1.171,5 Mio. EUR.

Der Buchwert der Immobilien-Fonds liegt bei 154,6 Mio. EUR. Ein Immobilien-Fonds (Buchwert 0,1 Mio. EUR) befindet sich in Abwicklung.

Die Investmentfonds teilen sich auf in den Masterfonds mit einem Buchwert von 468,2 Mio. EUR sowie zwei Buy and Maintain-Fonds mit einem Buchwert von insgesamt 382,0 Mio. EUR. Des Weiteren zählen hierzu vier Infrastruktur-Fonds und vier Private Debt-Fonds mit einem gesamten Buchwert von 166,7 Mio. EUR.

Auf Investmentanteile mit einem Buchwert von 850,2 Mio. EUR bzw. einem Zeitwert von 823,0 Mio. EUR wurden Abschreibungen auf den Zeitwert in Höhe von 27,2 Mio. EUR nicht vorgenommen, da diese nicht von Dauer sind und ausschließlich aus der Zins- und Spreadentwicklung ohne erhöhte Ausfallrisiken resultieren. Diese sind gemäß § 341b Abs. 2 HGB dem Anlagevermögen zugeordnet. Auf Private Debt-Fonds wurden Abschreibungen in Höhe von 2,7 Mio. EUR vorgenommen. Abschreibungen in Höhe von 1,1 Mio. EUR entfielen auf Infrastruktur-Fonds und auf Immobilienfonds entfielen 0,9 Mio. EUR,

Zu B III 2) Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Hierunter fallen neben einer staatlich garantierten Anleihe zwei Private Debt-Schuldverschreibungen. Der Buchwert dieser Papiere beläuft sich insgesamt auf 49,0 Mio. EUR. Auf die Private Debt-Schuldverschreibungen entfallen 35,6 Mio. EUR, darin ist die Inhaberschuldverschreibung Verius IHS III mit einem Erinnerungswert von 1 EUR enthalten.

Zu B III 3) Sonstige Ausleihungen

Hierzu gehören Namens- sowie Schuldscheinforderungen öffentlich-rechtlicher und privat-rechtlicher Kreditinstitute. Der Gesamtwert beträgt zum Bilanzstichtag 28,0 Mio. EUR.

Zu C) Forderungen

Zu C I) Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft

Die Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft entstanden aus Rückforderungen an Versicherungsnehmer in Höhe von 34 TEUR.

Die Forderungen an Mitglieds- und Trägerunternehmen für später eingegangene Beiträge betragen 39 TEUR.

Zu C II) Sonstige Forderungen

Die sonstigen Forderungen beinhalten Forderungen der Kasse aus dem Vermietungsgeschäft in Höhe von 4,1 Mio. EUR an die PKDB-Immobilien GmbH & Co KG aus der Verwaltung der Immobilien, die nach Ende des Geschäftsjahres abgerechnet werden.

Auf fällige Zinsforderungen für Wertpapiere entfallen 0,9 Mio. EUR.

Zu D) Sonstige Vermögensgegenstände

Zu D II) Laufende Guthaben bei Kreditinstituten

Der Bestand an laufenden Guthaben auf Girokonten der Kasse beträgt 27,3 Mio. EUR. Der Bestand auf dem Kautionskonto in Höhe von 3,9 Mio. EUR wird hier nicht berücksichtigt.

Zu D III) Andere Vermögensgegenstände

Die anderen Vermögensgegenstände betreffen die im Dezember 2025 vorschüssig gezahlten Versorgungsbezüge für Januar 2026 in Höhe von 6,1 Mio. EUR sowie ein Mietkautionskonto mit einer Höhe von 3,9 Mio. EUR.

Zu E) Rechnungsabgrenzungsposten

Zu E I) Abgegrenzte Zinsen und Mieten

Hierunter sind noch nicht fällige Zinsen aus Kapitalanlagen in Höhe von 1,1 Mio. EUR ausgewiesen.

Passiva

Eigenkapital und versicherungstechnische Rückstellungen

	Bestand 1. Januar 2025 TEUR	Zufüh- rung TEUR	Inan- spruch- nahme TEUR	Bestand 31. De- zember 2025 TEUR
A. Eigenkapital				
Weiterer Gründungsstock	64.957			64.957
Verlustrücklage gemäß § 193 VAG	5.312	2.454	-	7.766
Summe A	70.269	2.454	-	72.723
B. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Deckungsrück- stellung	1.636.972		9.014	1.627.958
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	291	139	23	407
III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung	46	15	4	57
Summe B	1.637.309	154	9.041	1.628.422

54

ANHANG
ZU A) EIGENKAPITAL

Zu A) Eigenkapital

Zu A I) Weiterer Gründungsstock

Zur Sicherstellung der dauernden Erfüllbarkeit der Verpflichtungen sowie zur langfristigen Erfüllung der Solvabilitätsanforderungen hat die Kasse einen Gründungsstock aufgelegt. Der weitere Gründungsstock besteht aus unbefristeten Darlehen der jeweiligen Trägerunternehmen mit einem Gesamtvolumen von 133,5 Mio. Euro.

Im Jahr 2023 wurden hieraus 130 Mio. EUR angefordert und eingezahlt. Vom eingezahlten Gründungsstock wurden 65 Mio. EUR zum Ausgleich eines nicht durch

Eigenkapital gedeckten Fehlbetrages aus dem Jahr 2022 verwendet. Die verbleibenden nicht angeforderten Mittel betragen somit 3,5 Mio. EUR.

Am 31.12.2025 beträgt der bilanzierte Gründungsstock 65 Mio. Euro. Der bilanzierte Gründungsstock beschreibt den Anteil des nach in Anspruch genommenen Gründungsstocks, der im Eigenkapital verbleibt.

Zu A II) Verlustrücklage

Aus dem Geschäftsergebnis wird der Verlustrücklage ein Betrag von 2,5 Mio. EUR zugeführt.

Damit beträgt die Verlustrücklage 7,8 Mio. EUR.

Verlustrücklage

	2024 TEUR	2025 TEUR
Stand 1. Januar	1.974	5.312
satzungsgemäße Zuweisung	3.338	2.454
Verbrauch aufgrund Jahresfehlbetrag	0	0
Stand 31. Dezember	5.312	7.766

Zu B) Versicherungstechnische Rückstellungen

Zu B I) Deckungsrückstellung

Die Deckungsrückstellung hat sich gegenüber dem Vorjahr um 9,0 Mio. EUR auf 1.628,0 Mio. EUR reduziert. In der gesamten Deckungsrückstellung ist eine Pauschale von 3,6 Mio. EUR zur zukünftigen Stärkung der Rechnungsgrundlagen enthalten.

Zu B II) Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle ist im Vergleich zum Vorjahr um 0,1 Mio. EUR angestiegen. Sie beträgt 0,4 Mio. EUR

Zu B III) Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

Den Rückstellungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung wurden 15 TEUR zugeführt und 3,7 TEUR für die im Geschäftsjahr 2024 beschlossene Überschussbeteiligung im Kombitarif TG 21 entnommen. Der Betrag ist nun in der Deckungsrückstellung enthalten.

Zu C) Andere Rückstellungen

Zu C I) Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen bestehen aus zu erstattenden Vorauszahlungen der Heiz- und Betriebskosten in Höhe von 0,2 Mio. EUR und zu erwartenden Lieferantenrechnungen von 1,0 Mio. EUR.

Zu D) Sonstige Verbindlichkeiten

Zu D II) Andere Verbindlichkeiten

Sonstige Verbindlichkeiten von 11,5 Mio. EUR verteilen sich wie folgt: 4,5 Mio. EUR gegenüber der PKDB-Immobilien GmbH & Co. KG, gegenüber Mietern (Kautionen) von 3,9 Mio. EUR. Die Lieferantenverbindlichkeiten inkl. einbehaltene Sicherheiten belaufen sich auf 1,7 Mio. EUR. Die Verbindlichkeiten aus der Versorgungsabrechnung betragen 1,0 Mio. EUR. Die Verbindlichkeiten gegenüber Trägerunternehmen aus den Verwaltungskosten betragen 0,4 Mio. EUR.

Die sonstigen Verbindlichkeiten weisen eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr auf. Eine Ausnahme davon sind die Verbindlichkeiten aus Mietkautionen in Höhe von 3,9 Mio. EUR. Die Laufzeit von Mietkautionen beträgt in der Regel mehr als ein Jahr.

Erläuterung zur Gewinn- und Verlustrechnung

Zu I) Versicherungstechnische Rechnung

Zu I 1) Verdiente Beiträge

Verdiente Beiträge	2024 Mio. EUR	2025 Mio. EUR	2025 Anteil
Pflichtversorgung, davon	15,3	14,8	92,5 %
Arbeitgeber	12,2	11,9	
Arbeitnehmer	3,1	3,0	
Basistarif (freiwillige Versorgung), davon	0,4	0,4	2,3 %
Arbeitnehmer	0,1	0,1	
Staatliche Zulagen gemäß AVmG	0,3	0,3	
Kombitarif (freiwillige Versorgung), davon	0,9	0,8	5,2 %
Arbeitgeber	0,5	0,6	
Arbeitnehmer	0,3	0,3	
Gesamt	16,5	16,0	100,0 %

Zu I 2) Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung

Die Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung betragen 3,7 TEUR und betreffen ausschließlich die Überschussbeteiligung im Kombitarif TG 21.

Zu I 3) Erträge aus Kapitalanlagen

Die Erträge aus Beteiligungen in Höhe von 4,0 Mio. EUR entsprechen dem Jahresüberschuss der PKDB-Immobilien GmbH & Co. KG.

In den Erträgen aus anderen Kapitalanlagen von 67,3 Mio. EUR sind Mieterträge in Höhe von 14,9 Mio. EUR sowie erhaltene Betriebskostenvorauszahlungen für die Immobilien der Kasse in Höhe von 4,6 vermindert um Erstattungen aus den Betriebskostenabrechnungen von Höhe von 0,6 Mio. EUR enthalten. Dies ergibt einen Gesamtertrag aus Betriebskosten in Höhe von 4,0 Mio. EUR. Des Weiteren fallen hierunter die Ausschüttungen aus den Investmentfonds in Höhe von 38,6 Mio. EUR, 2,0 Mio. EUR Erträge aus der Renten-Direktanlage, 2,3 Mio. EUR aus Private Debt-Schuldverschreibungen sowie 5,5 Mio. EUR Ausschüttungen aus den Immobilien-Fonds.

Die Gewinne aus dem Abgang von und Zuschreibungen auf Kapitalanlagen betragen 0,2 Mio. EUR und betrafen im Wesentlichen die Renten-Direktanlage.

Zu I 4) Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung

Die Zahlungen für Versicherungsfälle umfassen satzungsgemäße Stammrenten und Gewinnrenten in Höhe von 72,1 Mio. EUR (Vj. 70,3 Mio. EUR) sowie Austrittsvergütungen von 0,1 Mio. EUR (Vj. 37 TEUR) an ausgeschiedene Mitglieder oder ihre Erben. Die Veränderungen der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle resultieren aus der Zuführung und Inanspruchnahme von satzungsgemäßen Ansprüchen ausgeschiedener Mitglieder.

Zu I 5) Veränderungen der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen

Der Ertrag aus der Auflösung der Deckungsrückstellung beträgt 9,0 Mio. EUR und entspricht den genannten Bewertungsgrundsätzen.

Zu I 6) Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung

Die Aufwendungen betreffen die Verwaltungskosten für die Tarife der freiwilligen Versorgung in einer Höhe von 24 TEUR.

Zu I 7) Aufwendungen für Kapitalanlagen

Die Aufwendungen für Kapitalanlagen betragen 22,2 Mio. EUR. Den größten Posten stellen mit 11,0 Mio. die Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen dar. Hierzu gehören Betriebskostenvorauszahlungen in Höhe von 5,0 Mio. EUR, Aufwendungen für die laufende Vermögensverwaltung (inkl. sonstiger Verwaltungsaufwand Immobilien) in Höhe von 3,6 Mio. EUR sowie 2,3 Mio. EUR für die Instandhaltung von Immobilien.

Die laufenden Abschreibungen für Immobilien der Kasse betragen 4,1 Mio. EUR. Die außerplanmäßigen Abschreibungen auf Immobilien betragen 2,4 Mio. EUR und die auf sonstigen Kapitalanlagen betragen 4,7 Mio. EUR. Die Höhe des Verlusts aus dem Abgang von Kapitalanlagen betrug 63 TEUR.

Zu II) Nichtversicherungstechnische Rechnung

Zu II 1) Sonstige Erträge

Die sonstigen Erträge in Höhe von 4,3 Mio. EUR (Vorjahr 5,4 Mio. EUR) beruhen auf Erträgen aus der Weiterbelastung von Verwaltungskosten für die Pflichtversorgung an die Trägerunternehmen und Zinserträgen aus laufenden Guthaben sowie Skontoerträgen.

Zu II 2) Sonstige Aufwendungen

Bei den sonstigen Aufwendungen in Höhe von 3,6 Mio. EUR handelt es sich um Aufwendungen für Verwaltungskosten im Rahmen der Pflichtversorgung, die vollständig an die Trägerunternehmen weiterbelastet werden. Erstmals fallen darunter Aufwendungen im Zusammenhang mit DORA sowie einmalige Aufwendungen im Zusammenhang mit Ausgliederungsvereinbarungen zwischen der Kasse und den Trägerunternehmen.

Zu II 4) Sonstige Steuern

Bei den Sonstigen Steuern handelt es sich um gezahlte Grundsteuern für den Immobilien-Direktbestand der Kasse ohne Beteiligung in Höhe von 0,3 Mio. EUR.

Zu II 5) Jahresüberschuss

Die Kasse weist für das Geschäftsjahr 2025 einen Jahresüberschuss in Höhe von 2,5 Mio. EUR aus, welcher der Verlustrücklage vollständig zugeführt wird.

Sonstige Angaben

Verwaltungsorgane

Der Aufsichtsrat besteht aus sieben ordentlichen Mitgliedern und deren Stellvertretern. Die Zusammensetzung findet sich auf Seite 4. Die Geschäfte der Kasse werden von drei Vorständen geführt (siehe Seite 5). Diese beiden Seiten sind Bestandteil des Anhangs.

Bezüge, Vorschüsse, Kredite und eingegangene Haftungsverhältnisse an Mitglieder der Organe

Im Berichtsjahr waren zwei Vorstandsmitglieder direkt bei der Kasse angestellt. Bezüglich der Auskunft zu den Bezügen wird die Schutzklausel zur Vergütung gemäß § 286 Abs. 4 HGB in Anspruch genommen. An den Aufsichtsrat gab es keine Vergütung.

Vorschüsse und Kredite wurden nicht gewährt. Haftungsverhältnisse bestehen nicht.

Mitarbeiter

Im Jahr 2025 waren durchschnittlich 35 Mitarbeiter (Vorjahr 27), ohne Vorstand für die Kasse tätig.

Nahestehende Unternehmen und Personen

Die Kosten für die bei der Kasse angestellten Hauswarte werden im Rahmen der Betriebskostenabrechnung auf die Mieter umgelegt.

Im Geschäftsjahr wurden die satzungsmäßigen umlagefähigen Verwaltungskosten in Höhe von 3,6 Mio. EUR durch die Trägerunternehmen ausgeglichen.

Geschäfte mit nahestehenden Personen wurden zu marktüblichen Bedingungen vorgenommen.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen und Haftungsverhältnisse

Insgesamt betragen die Einzahlungsverpflichtungen aus Kapitalabrufen 34,5 Mio. EUR. Wir erwarten, dass hiervon 12,2 Mio. EUR in Zukunft in Anspruch genommen werden.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen und andere aus dem Jahresabschluss nicht ersichtliche Haftungsverhältnisse einschließlich Pfandbestellungen und Sicherungsübereignungen sowie Verbindlichkeiten aus der Begebung von Wechseln oder Schecks bestehen nicht.

Eventualverbindlichkeiten und sonstige mögliche Verbindlichkeiten

Es bestehen vertraglich vereinbarte mögliche künftige Verbindlichkeiten gegenüber sechs Trägerunternehmen aus der Inanspruchnahme von Mitteln aus einem Gründungsstock in Höhe von 130 Mio. Euro.

Davon entfallen auf Verbindlichkeiten gegenüber:

1. BEW Berliner Energie und Wärme GmbH in Höhe von 53,2 Mio. EUR
2. Vattenfall GmbH in Höhe von 27,6 Mio. EUR
3. Stromnetz Berlin GmbH 39,0 Mio. EUR
4. Vattenfall Europe Sales GmbH in Höhe von 6,5 Mio. EUR
5. Vattenfall Europe Information Services GmbH in Höhe von 3,0 Mio. EUR
6. 50Hertz Transmission GmbH in Höhe von 0,7 Mio. EUR.

Honorar des Abschlussprüfers

Abschlussprüfer der Pensionskasse ist die PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft. Der Abschlussprüfer hat den Jahresabschluss und Lagebericht zum 31. Dezember 2025 geprüft (94,2 TEUR netto) sowie weitere Bestätigungsleistungen (12,5 TEUR netto) zzgl. 5 TEUR Auslagen erbracht. Das vom Abschlussprüfer jeweils berechnete Honorar ist in den umlagefähigen Verwaltungskosten, welche von den Trägerunternehmen getragen werden, enthalten.

Ereignisse nach Bilanzstichtag

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag, die die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Pensionskasse nachhaltig beeinflussen könnten, werden im Lagebericht beschrieben. Hierzu gehören:

1. Kündigung und damit verbunden Rückgabe der Anteile fasst aller Anleger des Immobilienfonds GEG Public Infrastructure. Zu erwarten sind Abwertungen des Anteilspreises und damit verbunden außerordentliche Abschreibungen auf den Buchwert.
2. Ausbruch des Krieges zwischen den USA / Israel und dem Iran. Erwartet werden negative Auswirkungen auf die Weltwirtschaft, ein Anstieg der Inflationsraten und Turbulenzen auf den Kapitalmärkten.

Übersicht der Trägerunternehmen

Unternehmen	Anteil
BEW Berliner Energie und Wärme GmbH	41,43 %
Stromnetz Berlin GmbH	30,73 %
Vattenfall GmbH	18,27 %
VE Sales GmbH	5,45 %
VE Information Services GmbH	2,36 %
50Hertz Transmission GmbH	0,69 %
ISS Energy Services GmbH	0,22 %
FHW Neukölln AG	0,18 %
Netcom Connected Services GmbH	0,17 %
Hamburger Energienetze GmbH	0,12 %
V Energy Trading GmbH	0,11 %
Lausitz Energie Bergbau AG	0,07 %
Hamburger Energiewerke GmbH	0,04 %
VE Nuclear Energy GmbH	0,04 %
Lausitz Energie Kraftwerke AG	0,03 %
VF Wasserkraft GmbH	0,03 %
VE Resource Management GmbH	0,03 %
HEnW Energie Hub Moorburg GmbH	0,02 %
VE New Energy GmbH	0,02 %
Vattenfall Solar GmbH	0,004 %
Summe	100,00 %

Berlin, 27. Mai 2026

Olav Rieck

Thorsten Buschardt

Patrick Huber

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die Pensionskasse der Bewag VVaG, Berlin

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Pensionskasse der Bewag VVaG, Berlin, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2025 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Pensionskasse der Bewag VVaG für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2025 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften

entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben

unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Frankfurt am Main, den 28. Mai 2026

PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Christian Sack
Wirtschaftsprüfer

Sandro Trischmann
Wirtschaftsprüfer

BERICHT DES AUFSICHTSRATES

Der Aufsichtsrat hat in vier ordentlichen Sitzungen anhand der Berichte des Vorstandes und dessen regelmäßiger schriftlicher Berichterstattung die Geschäftsführung überwacht sowie die ihm entsprechend Gesetz und Satzung zufallenden Beschlussfunktionen wahrgenommen.

Die PWC GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat die Buchführung, den Jahresabschluss und den Lagebericht der Pensionskasse der Bewag für das Geschäftsjahr 2025 geprüft. Der Bestätigungsvermerk wurde ohne Einschränkung erteilt.

Der Aufsichtsrat hat sich durch seinen Vorsitzenden am 03.06.2026 mit dem maßgeblichen Trägerunternehmen, der BEW Berliner Energie und Wärme GmbH, ins Benehmen gesetzt und somit den Erfordernissen des § 32, Nr. 3 Satz 2 der Satzung entsprochen.

Am 05. Juni 2026 wurden der Prüfungsbericht der PWC vom Abschlussprüfer und das versicherungsmathematische Gutachten vom Verantwortlichen Aktuar dem Aufsichtsrat in seiner turnusmäßigen Sitzung erläutert. Beide Berichte wurden zustimmend zur Kenntnis genommen.

Der Aufsichtsrat hat nach der von ihm vorgenommenen Prüfung den Jahresabschluss 2025 festgestellt und den Lagebericht 2025 genehmigt.

Der Aufsichtsrat dankt den im Unternehmen tätigen Mitarbeitern und dem Vorstand für die im Geschäftsjahr 2025 geleistete Arbeit.

Berlin, den 05. Juni 2026

René Gladis
Vorsitzender

Impressum

Lagebericht und Jahresabschluss 2025

Pensionskasse der Bewag

(Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit (VVaG))

vertreten durch den Vorstand

Flottwellstr. 4-5

10785 Berlin

Telefon: +49 30 587 585 019

E-Mail: info@pensionskasse-der-bewag.de

Gestaltung/Druckverantwortung

Drangsal-Services.de